Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang · Mittwoch, 22. Juni 1921 · Nummer 285 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Explosion auf Mont Cenis

83 Tote

Herne, 21. Juni.

Die Zahl der Opfer, die die furchtbare Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche Mont Cenis in Solingen gefordert hat, ist jetzt endgültig festgestellt. Es wurden 79 tote und 72 verletzte Bergknappen zutage gefördert. Von den Schwerverletzten, die im Bergmannsheil in Bochum Aufnahme gefunden haben, sind bisher vier gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf insgesamt 83 beläuft. Das Unglück entstand offenbar durch einen Sprengschuß in einem schlagwetterreichen Kohlenflöz, denn unmittelbar nach dem Losgehen des Schusses erfolgte eine zweite gewaltige Detonation, die Tod und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die Toten sind zum Teil entsetzlich verbrannt. Andere wurden durch die Gewalt der Explosion zerschmettert und furchtbar verstümmelt. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß ein Bergmann, der etwa eine Viertelstunde von dem Explosionsherd entfernt eine Maschine bediente, gegen einen Stempel geschleudert und schwer verletzt wurde.

Essen, 21. Juni.

Die Entstehungsursache der Schlagwetterexplosion auf Zeche Mont Cenis ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Auch die heutige Befahrung durch die Berghehörde hat noch keine endgültige Aufklärung gebracht. Sämtliche Verunglückten sind geborgen. Es ist das erste Mal, daß die Zeche von einem größeren Unglück heimgesucht wurde.

Essen, 21. Juni.

Aus Anlaß des Grubenunglücks auf der Zeche Mont Cenis hat der Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter an den Minister für Handel und Gewerbe folgendes Telegramm gesandt: Angesichts der furchtbaren Katastrophe auf der Zeche Mont Cenis, bei welcher sicherem Vernehmen nach mehr als hundert Bergarbeiter verunglückt sind, bitten wir um sofortige energische Untersuchung und restlose Aufklärung der Ursache des beklagenswerten Unglücks.

•

Nach einer anderen Meldung befinden sich unter den Verletzten 25 sehr schwer Verletzte, so daß leider angenommen werden muß, daß noch viele von ihnen ihren Verletzungen erliegen werden.

Die Untersuchungen über die Ursache des Unglücks sind, wie gemeldet wird, noch nicht vollkommen abgeschlossen, was auch bei der Kürze der Zeit unmöglich erscheint, vorausgesetzt, daß die Untersuchung mit der gebotenen Gründlichkeit erfolgt. Es wird jedoch bereits als wahrscheinlich angesehen, daß der durch Sprengschuß erfolgten Schlagwetter-Explosion eine Kohlenstaub-Explosion gefolgt ist. Das rechtfertigt den Verdacht, daß diese Kohlenstaub-Explosion, durch die das Unglück eine so gewaltige Ausdehnung erfahren hat, durch Mangelhaftigkeit der Berieselungsanlage entstehen konnte. Das alles läßt auf eine Nachlässigkeit schließen, die einer so großen Zahl von Grubenarbeitern das Leben gekostet hat, und deswegen müssen wir von neuem die sorgfältige Untersuchung des Falles unter Zuziehung von Vertretern der Arbeiterschaft fordern. Es ist höchste Zeit, daß mit der Lotterwirtschaft, die während des Krieges in der Grubentechnik eingerissen ist, Schluß gemacht wird. Das mindeste, was die Grubenarbeiter, die in den letzten Jahren die unerhörtesten Opfer für die Gesamtheit gebracht haben und täglich von neuem bringen, fordern können, ist doch wohl, daß zur Sicherung ihrer Gesundheit und ihres Lebens alle notwendigen Maßnahmen auf das sorgfältigste getroffen werden. Und wer schuld ist an dieser fürchterlichen Katastrophe muß rücksichtslos zur Rechenschaft gezogen werden. Ein Vertuschen der Schuld darf sich die Grubenarbeiterschaft um keinen Preis gefallen lassen

Der Fall Gareis im bayrischen Landtag

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 21. Juni.

Heute nachmittag, um 4 Uhr, wurde im bayerischen Landtag die Interpellation der U. S. P. D. und der S. P. D. wegen der Ermordung des Genossen Gareis behandelt. Landtag und Tribüne waren überfüllt, unter den Zuhörern auf der Tribüne war auch Oberst Tylander. In der Diplomatenloge waren die Vertreter der Ententestaaten. Der Platz des Abgeordneten Gareis war mit einem grünen Kranz mit roter Schleife und einem großen Strauß flammenden Mohns und roter Rosen geschmückt. Einige Worte des Gedenkens des Präsidenten wurden vom Landtag stehend angehört.

Genosse **Neumann** begründete nun die Interpellation, **indem er aufs schärfste die Schuld der Regierung an dem Mord geißelte,** die durch ihre Duldung der Mordhetze mitgeholfen habe, daß der Boden geschaffen wurde, auf dem der Mord geschehen konnte. Die Versuche der bürgerlichen Presse, die Motive des Mordes in einer Liebesangelegenheit oder einer sonstigen unpolitischen Sache zu suchen, seien nur Versuche, die Spuren der Täter zu verwischen. Die Wurzeln des Mordes liegen ganz wo anders. Gareis war der einzige Zeuge, **der in dem Mordprozeß gegen Böhm—Pollinger den Mördern gefährlich werden konnte.** Deshalb, und weil er das Treiben der Einwohnerwehr in aller Oeffentlichkeit rücksichtslos geißelte, wurde Gareis ermordet. Die Kreise, die das Dienstmädchen im Forstenrieder Park ermorden ließen, weil sie die Waffen der Einwohnerwehr verraten haben soll, und im Auto den Mordüberfall auf Dohner aus dem gleichen Grunde ausführten, beherbergen auch den Mörder des Genossen Gareis. **Wir können den Beweis dafür liefern, daß die Kreise um das Hakenkreuz zu Dutzenden Malen davon gesprochen haben, daß sie die Unabhängigen beseitigen wollen.** Dort sitzen die Mörder, und angesichts dieser Tatsache wagt man noch, davon zu sprechen, die Ermordung des Genossen Gareis habe keine politischen Motive. Wir kennen die Wurzeln des Mordes an Gareis und wissen, daß die unverschämte zwiespältige Behandlung der Presse der einzelnen Parteien schuld ist an der Verrohung, die in Bayern herrscht. Wenn der „Badische Staatsanzeiger" mit vollem Recht ein so hartes Urteil über einen Teil der Münchener Bevölkerung habe fällen können, so ist das die Schuld der Behörden, die nichts tun, um die unhaltbaren Zustände in Bayern zu beseitigen. Der „Miesbacher Anzeiger" darf zum Mord auffordern, ohne daß die Regierung auch nur einen Finger rührt. Aber das Organ der Arbeiterschaft, „Der Kampf", wird verboten, wenn er sich gegen die Mordhetze wendet. Wenn aber die Zeitungen der Rechten offenen Mord predigen und die Methoden der italienischen Faszisten empfehlen, dann vergessen Sie nicht (zu der Rechten des Hauses), daß die italienischen Arbeiter sich diesen Methoden, mit denen man sie bekämpfte, anzupassen wußten und das faszistische Gesindel niedergeschossen und aufgehenkt haben, wo sie seiner habhaft wurden. **Wenn Sie immer Mord predigen, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn Ihre eigenen Methoden sich eines Tages gegen Sie selbst wenden.**

Genosse Neumann spricht dann noch ausführlich über die **Einwohnerwehrfrage** und schließt seine Rede mit dem Gelöbnis, daß das bayerische Proletariat seinen Weg gehen werde trotz Maschinengewehre und Panzerautos und daß es dafür kämpfen wolle, **daß in Bayern wieder Zustände einkehren, die es verhindern, daß man in der Welt von Bayern als von einer Mörderzentrale spricht.**

Nach dem Redner der U. S. P. D. spricht noch Abgeordneter **Sänger** (S. P. D.). Er begründet die **Interpellation der Rechtssozialisten.** Damit war die Sitzung beendet. Mittwoch vormittag wird Ministerpräsident **v. Kahr** auf die Interpellation antworten. Auch Justizminister **Roth** und Staatssekretär **Schweyr** werden voraussichtlich noch das Wort ergreifen. Die bürgerlichen Parteien wollen dann eine gemeinsame Erklärung abgeben.

Die Streikkrise in England

Fortdauer des Bergarbeiterstreiks — Streikdrohung in der Metallindustrie

E.W. **London**, 21. Juni.

Weder die Eröffnung der Arbeitsgelegenheit noch Lloyd Georges Versicherung, daß die Bergarbeiter in der Ausübung ihrer Tätigkeit geschützt werden sollten, veranlaßte einen irgendwie nennenswerten Zustrom von Arbeitskräften. In Südwales ist buchstäblich kein einziger Arbeiter erschienen, während etwa im zweiten Drittel der Streikdauer die Frage der nationalen Lohnregelung immer mehr in den Hintergrund trat, taucht sie jetzt plötzlich wieder in aller Schärfe als Hauptforderung auf. Der Führer der Bergarbeiter von Südwales, Cork, erklärte deutlich, daß der Kampf für die **Sozialisierung und Nationalisierung** der Bergwerke und gegen die Regierung geführt werde. Man könne in der Kohlenindustrie keinen Frieden schließen, solange die Gruben im Privatbesitz seien.

Die Arbeiter der Maschinenindustrie beschlossen, dem Vorschlag einer Lohnherabsetzung Widerstand entgegenzusetzen. Alle dem Verband angeschlossenen Gewerkschaften werden zur Unterstützung in dem Kampf für die Aufrechterhaltung eines anständigen Lebensstandard aufgefordert. Dagegen hat die Gewerkschaftsleitung der Baumwollspinner einstimmig ihren Mitgliedern empfohlen, die vor einer Woche festgelegten letzten Bedingungen der Unternehmer anzunehmen, da es bei der gegenwärtigen Konjunktur unmöglich sei, höhere Löhne zu zahlen.

Die gestrigen Versammlungen

Die von unserer Partei für gestern abend einberufenen öffentlichen Versammlungen, in denen gegen den neuen Brotwucher Stellung genommen werden sollte, waren überaus stark besucht, zum Teil überfüllt. Unsere Redner fanden mit ihren Darlegungen einhellige Zustimmung bei den Versammelten. In der Diskussion versuchten Kommunisten an einigen Stellen Krakehl zu machen, wurden von den Versammelten aber mit Nachdruck daran gehindert. Ausführliche Berichte folgen in der heutigen **Abendausgabe.**

Kriegs- und Friedenspolitik

Von Artur Crispien

II.

Die grundsatztreue und entschlossene Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie gewann die breiten Massen des Volkes. Und alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten mußten vor der Unabhängigen Sozialdemokratie kapitulieren. Der Friedensvertrag wurde von der deutschen Regierung unterschrieben.

Nach diesem Sieg des revolutionären Sozialismus über den Nationalismus aller Schattierungen wandte sich die Unabhängige Sozialdemokratie mit verdoppeltem Eifer der wichtigen Aufgabe zu, die internationalen Verbindungen der revolutionären sozialistischen Parteien zu fördern, damit der nationale Klassenkampf zu einem Teil der internationalen proletarischen Weltrevolution werde. Die Unabhängige Sozialdemokratie wurde rasch zur stärksten revolutionären Partei aller Länder. Die Rechtssozialisten waren politisch so gut wie matt gesetzt. Die Unabhängige Sozialdemokratie hatte sich zu einem entscheidenden Machtfaktor entwickelt.

Da begann der arbeiterverderbliche Feldzug der Kommunisten gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, der die Arbeiter dem Klassenkampf entfremdete und die besten Kräfte des Proletariats sich in einem beispiellosen Bruderkrieg aufreiben ließ.

Die Schwächung der Arbeiterbewegung ermöglichte eine Stärkung der kapitalistischen Bewegung. Wäre die Unabhängige Sozialdemokratie von den kommunistischen Ueberfällen verschont geblieben, dann hätte sie ihre ganze bedeutende Macht dafür einsetzen können, daß sich nach dem Abschluß des Friedensvertrags in der deutschen Außenpolitik die Tendenzen der Versöhnung, des Wiederaufbaus und der Verständigung durchgesetzt hätten. So aber gewannen die Chauvinisten, Militaristen und Imperialisten immer mehr an Boden, und die Folge war, daß wichtige Bestimmungen des Friedensvertrages nicht erfüllt wurden. Und gerade jene Bestimmungen über die Fragen der Entwaffnung und der Aburteilung der Kriegsverbrecher, die für die Ententemächte von besonderer Bedeutung waren und deren Nichterfüllung die nationalen Strömungen in den Ländern der Entente zum Schaden der internationalen proletarischen Bewegung förderte. Wenn die deutsche Regierung weniger unter dem Druck der deutschen Militaristen und Kapitalisten und mehr unter dem Druck der Unabhängigen Sozialdemokratie, damit unter dem Druck des klassenbewußten Proletariats, gestanden hätte, dann wäre das ehrliche Bestreben, die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen, offen zutage getreten. Dann wäre aber auch die Entwaffnung durchgeführt und die Kriegsverbrecher wären abgeurteilt worden. Und alles das hätte es den Ententemächten unmöglich gmacht, mit härteren Forderungen, als ursprünglich vielleicht beabsichtigt, gegen Deutschland vorzugehen. Denn bei dieser Sachlage wäre die Arbeiterbewegung in Frankreich wie in England gegen den Imperialismus der Entente bedeutend gestärkt worden.

Während die Unabhängige Sozialdemokratie daran gehen mußte, die organisatorischen Wunden zu heilen, die die Kommunisten der Partei zugefügt hatten, traten die reaktionären kapitalistischen Tendenzen immer mehr in der deutschen Außenpolitik hervor. Auf Spaa folgte Paris, auf Paris London. Schließlich kam es zu dem Ultimatum. Wie im Sommer 1919 setzte im Frühling 1921 eine wilde nationale Hetze ein, und wieder stand das deutsche Volk vor der Gefahr politischer Katastrophen und militaristischer Abenteuer. Wäre es den Deutschnationalen und den kommunistischen Hauptschreiern für die Ablehnung des Ultimatums möglich gewesen, sich durchzusetzen, dann wären über das deutsche Volk, bis auf die Frage der Kriegsgefangenen, alle die schlimmen Ereignisse hereingebrochen wie bei der Nichtanerkennung des Friedensvertrags. War die Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratie im Sommer 1919 richtig, und kein ernsthafter Politiker wird bestreiten wollen, daß sie richtig war, so war sie auch jetzt im Interesse des Proletariats die einzig mögliche Taktik, und jene Parteien, die unter dem Zwang der Verhältnisse vor der Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratie wiederum die Segel einziehen mußten, haben damit zu gleicher Zeit ein lautes Bekenntnis für die Richtigkeit der Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie abgelegt. Die Rechtssozialisten, die bisher die Unabhängige Sozialdemokratie wegen ihrer Kriegs- und Friedenspolitik angegriffen hatten, haben sich durch das Unterschreiben des Ultimatums selbst zur Ordnung gerufen und korrigiert. Die Kommunisten hat Lenin ja selbst erledigt. Die Deutschnationalen und die deutschen Volksparteiler wurden glatt auf den Sand manövriert.

Die entscheidende Rolle, die die Unabhängige Sozialdemokratie in der Frage des Ultimatums gespielt hat, ist ein Beweis dafür, daß eine Arbeiterpartei, auch wenn sie vorübergehend durch kommunistische Spaltungsmanöver organisatorisch geschwächt wurde, trotzdem durch eine richtige grundsätzliche Taktik eine bedeutende politische Rolle zu spielen vermag. Wohin eine verkehrte Taktik führen muß, das haben gerade die Kommunisten aller Welt offenbar gemacht. Denn die Kommunisten gingen, wenigstens taten sie das nach ihren

eigenen Behauptungen, organisatorisch gestärkt hervor aus dem Spaltungsprozeß der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die Kommunisten konnten den Mund nicht voll genug nehmen, um sich als gewaltige Massenpartei darzustellen. Durch ihre glorreiche Taktik haben es die Kommunisten glücklich so weit gebracht, daß Clara Zetkin feststellen mußte, daß die kommunistische Bewegung zum Popanz für konterrevolutionäre Zwecke geworden sei. Wenn die Führer der Kommunisten, die ihre starke Partei bis zu einem Popanz heruntergewirtschaftet haben, auch fernerhin alle Tage in einem anderen Winkel Deutschlands den Sieg des Bolschewismus über den Kapitalismus entdecken, so macht das heute selbst auf die Arbeiter keinen Eindruck mehr, die bisher den kommunistischen Pauken folgten. Angesichts der Qualifikation der kommunistischen Führer ist es weiter kein Wunder, daß sie z. B. auch die oberschlesische Frage nicht in Zusammenhang mit der Gesamtpolitik zu bringen verstehen und daß sie dort mit den verrücktesten, einander widersprechenden täglich neuesten Parolen operieren. Ein Gemisch national-bolschewistisch-antisemitischer Schimpfereien sind diese Parolen. Die kommunistischen Führer wären eben keine kommunistischen Führer, wenn sie nicht auch in gemeinsamer Front mit Helfferich, Westarp und Hergt den Versuch unternommen hätten, die Regierung Wirth zu stürzen. Das Wutgeschrei der Kommunisten darüber, daß die Unabhängige Sozialdemokratie nicht auf den National-Bolschewismus hereingefallen ist, läßt mich ebenso kalt, wie das Geheul der Kommunisten über die Nichtbeteiligung der Unabhängigen Sozialdemokratie an dem kommunistischen Märzputsch mit Dynamitfeuerwerk in Bedürfnisanstalten und auf Aborten. Für jeden vernünftigen Menschen ist es ohnehin klar, daß eine Partei, die die Anerkennung des Ultimatums mit durchgesetzt hat, nicht zu gleicher Zeit derselben Regierung das Genick umdrehen kann, die sich eben bereit erklärt hat, die Bedingungen des Ultimatums zu erfüllen.

Vom Kapitalismus zum Sozialismus ist ein weiter Weg voller Mühen und Kämpfe. Eine Partei, deren Ziel der Sozialismus ist, darf auf diesem noch so weiten Weg nie das Ziel aus den Augen verlieren. Sie darf nicht einzelne Maßnahmen, Entscheidungen und Kampfhandlungen als Dinge an sich betrachten, sie muß ihre Zusammenhänge erkennen und würdigen und die große Linie beachten, die über alle Einzelheiten zum Ziel führt. Die kommunistischen Führer schreien fortgesetzt Verrat, weil ihnen das geistige Band fehlt, das die einzelnen Dinge miteinander und mit dem Ziel verbindet. Sie glauben, wie primitive Menschen mit naiven Religionen, es ließe sich aus jeder Lohnbewegung ein Kampf bis zur Errichtung einer Sowjetrepublik machen, und halten es für Verrat, wenn eine gesunde Partei mit ebenso gesunder Taktik sich von ihren Gegnern nicht ausgerechnet dann zum Kampf zwingen läßt, wenn es den Gegnern erwünscht ist und Erfolge verspricht. Das Vorgehen der Deutschnationalen und Kommunisten im ungeeigneten Augenblick zum Sturz der Regierung Wirth, weil diese Regierung die Bedingungen des Ultimatums der Entente erfüllen will, war, um mit Lenin zu sprechen, eine Dummheit und ein Verbrechen. Wenn die Regierung zusammenbricht, dann muß sie an ihren eigenen Taten zugrunde gehen. Dann werden aber auch die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit erkennen, daß weder eine bürgerliche noch eine Koalitionsregierung dauernd möglich ist, daß das Proletariat selbst die Macht übernehmen muß. Das kann früher kommen, als mancher denkt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie wird auch in der Zukunft ihre ganze Kraft daran setzen, daß die deutsche Außenpolitik in einem für die Arbeiter günstigen Sinne betrieben wird. In ihrer Taktik wird sie mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiter gegenüber denen der Kapitalisten vertreten. Der Erfolg wird davon abhängen, welche Macht die Arbeiter zu entfalten imstande sind, und wenn wir von den rechtssozialistischen Arbeitern verlangen, daß sie auf ihre Führung einwirken, damit sie durch die Unterstützung der unabhängigen Taktik zur Stärkung und Geschlossenheit der Arbeiter beitragen, so müssen wir von den Arbeitern im kommunistischen Lager fordern, daß sie endlich ihre schimpfenden und schreienden Führer sich selbst überlassen, daß sie sich nicht mehr zum Bruderkrieg gegen ihre eigene Klassengenossen hetzen lassen, sondern daß sie sich mit ihren Arbeitsbrüdern zusammenfinden zum gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Mächte.

Die kapitalistische Kriegs- und Friedenspolitik kann nur überwunden werden durch den internationalen Klassenkampf des revolutionären Proletariats.

Der Kommunistenradau gegen die Gewerkschaften

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Kommunisten die Absicht haben, die blöden Radauveranstaltungen gegen die gewerkschaftlichen Organisationen womöglich in verstärktem Maße fortzusetzen. Der Kampf gegen die Bourgeoisie ist den Herrschaften zu gefährlich geworden, obwohl sie sich während des Märzputsches stets sehr weit vom Schuß gehalten haben. Und so hetzen sie die durch lange Arbeitslosigkeit Verzweifelten, aber auch ganz andere Elemente, zum Sturm gegen die Gewerkschaften. Sie selbst aber bleiben im Hintergrund und begnügen sich, in der „Roten Fahne" die anderen zum Kampf anzufeuern.

Sie erzählen in der „Roten Fahne", daß Sabath mit einer langen Eisenstange auf die Arbeitslosen eingeschlagen, unsere Genossen mit Gummiknüppeln auf die musterhaft disziplinierten Demonstranten eingehauen hätten. Die „Rote Fahne" behauptet, daß 12 000 Erwerbslose vor dem Gewerkschaftshaus gewesen wären. Sabath und drei oder vier Gewerkschaftsbeamte haben nun nach ihrer Darstellung die 12 000 angegriffen, und offenbar in der Notwehr haben diese Schwerbedrohten Sabath eine leichte Verletzung zugefügt.

Die Burschen, die das geschrieben haben, wissen natürlich genau, daß das Gegenteil wahr ist. Sabath ging, als der Krawall immer lauter wurde, schließlich doch aus seinem Bureau in den Hof hinunter. Als ihn einige Genossen warnend zurückhalten wollten, sagte er ihnen: Ach was, die Berliner Arbeitslosen sind doch keine Verbrecher! Kaum war er aber unten angelangt, wurde er von verächtlichen Subjekten mißhandelt.

Die Burschen der „Roten Fahne" lügen bewußt und erweisen sich so als persönlich ehrlose Subjekte. Sie lügen, um die Arbeitslosen noch mehr aufzureizen und damit, wie sie schreiben, den „Druck auf die Gewerkschaftsführer zu verstärken", diesen Druck, der mit Stöcken und Gummiknüppeln ausgeübt wird.

Aber das Gesindel irrt sich. Und so leicht, wie es sich vorstellt, wird es die russischen Subsidien nicht verdienen. Wir lassen uns die Gewerkschaften weder von innen heraus zersprengen, noch von außen zertrümmern. Die Kommunisten sind heute mehr wie je eine verschwindende Minorität in der Arbeiterschaft, und die Arbeiterschaft wird von diesen nicht recht zurechnungsfähigen Menschen der kommunistischen Zentrale unter keinen Umständen terrorisieren lassen.

Die Arbeitslosen aber dürfen sich nicht für die Zwecke einer kleinen Parteiclique, die verzweifelt um ihre politische Existenz ringt, mißbrauchen lassen. Sie müssen einsehen, daß jede Schwächung der Gewerkschaften den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nur erschwert, daß der Kampf von Arbeitern gegen Arbeiter die gesamte Arbeiterklasse lähmen, politisch und ökonomisch nur der Bourgeoisie nützen würde. Die Szenen, die sich in Berlin und in Dresden abgespielt haben, dürfen sich nicht wiederholen. Wir wissen, daß alle anständigen Arbeitslosen und ebenso auch die kommunistischen Arbeiter sich beschämt und entsetzt von einer Führung abwenden, die durch ihre schamlose Lügenhaftigkeit wie durch ihre verbrecherische Verantwortungslosigkeit gebrandmarkt ist, gebrandmarkt nicht nur durch das Urteil aller politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmänner, sondern auch durch das des eigenen Parteivorsitzenden. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß wahr wird, was Levi geschrieben hat: Diese Leute dürfen den deutschen Arbeitern nie mehr unter die Augen treten!

•

Weiteres Tatsachenmaterial über die Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus, das uns zu diesem Urteil über das Treiben der Kommunisten vollkommen berechtigt, werden wir in den nächsten Nummern unseres Blattes noch veröffentlichen, nachdem uns die „Rote Fahne" durch ihre lügenhafte Berichte über die Ereignisse zu solcher Wiederherstellung der Wahrheit gezwungen hat.

Erwerbslosenkrawalle in Dresden

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Dresden, 21. Juni.

Gestern fand die von Berlin aus propagierte Erwerbslosendemonstration auch in Dresden statt. Nach einem Umzug entstanden innerhalb der Bannmeile um das Landtagsgebäude Aufläufe. Dabei wurde unser Genosse, Landtagsabgeordneter Menthe, als er vermittelnd eingreifen wollte, schwer mißhandelt. Jugendliche Provokateure, die zum Teil gar nicht erwerbslos waren, beteiligten sich an den Reihen der Demonstranten, deren Zahl nur gering war. Besondere Zwischenfälle sind sonst nicht vorgekommen.

Eine Domäne der Reaktion

Seit das Ministerium Stegerwald am Ruder ist, ist auch in die Schutzpolizei ein neuer Geist eingezogen. Die Umtriebe der Militaristen waren in dieser Institution ja immer vorherrschend. Der Kapp-Putsch hatte jedoch die Position der reaktionären Offiziere etwas erschüttert, und unter Severings Leitung scheuten sich diese Herren, ihre monarchistische Gesinnung allzu stark in den Vordergrund zu stellen.

Das ist jetzt anders geworden. Der Dienst der Beamten ist wesentlich verschärft worden, der Drill und anderer militaristischer Unfug nimmt überhand, und alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, aus der Schutzpolizei eine Reichswehr Nr. 2 zu machen, finden durch den Minister Dominicus eine wohlwollende Förderung. Kein Wunder, wenn die Vertreter der reaktionären Parteien im Landtag an der Sicherheitspolizei keine Ausstellungen zu machen haben. Sie wissen ganz genau: dieses Instrument ist wieder fest in ihren Händen. Wenn es wieder zu einem Staatsstreich kommen sollte, hoffen die Reaktionäre, auf dieses Instrument rechnen zu können.

Ihre Bestrebungen laufen jetzt darauf hinaus, der Schutzpolizei auch den Beamtencharakter zu nehmen. Auch in dieser Beziehung kommt der Minister Dominicus den reaktionären Wünschen soweit wie möglich entgegen. Die Beamten, die nicht alle über einen Kamm geschoren werden dürfen, sind freilich noch nicht ein so gefügiger Kitt wie das Material der Reichswehr. Sie genießen einstweilen noch ihre verfassungsmäßigen Rechte, und wollen es sich auch nicht nehmen lassen, eine eigene politische Ueberzeugung zu haben.

Jetzt handelt es sich für die Reaktionäre noch darum, die Schutzpolizei zu „entpolitisieren". Minister Dominicus hat am 10. Mai einen Erlaß herausgegeben, der die politischen Rechte der Beamten wesentlich einschränkt. So steuert die preußische Regierung auf allen Gebieten ganz systematisch einer reaktionären Periode zu. Die Unabhängige Fraktion des preußischen Landtags wird die Versuche des Ministers Dominicus und seiner Freunde von rechts mit allen Mitteln bekämpfen. Sie hat einen Antrag eingebracht, die Leitung und die Verwaltung des gesamten Polizeiwesens den Gemeinden zu übertragen. Sie fordert also ihrem Programm gemäß die Kommunalisierung des Polizeiwesens, weil nur auf diese Weise die Polizei den reaktionären Einflüssen entzogen werden und die Polizei zu einer Einrichtung gemacht werden kann, die wirklich dem Schutze der Bevölkerung dient und nicht den dunklen Plänen irgendeiner Kaste.

Auf dem Wege zu Kahr

Der preußische Minister des Innern, Herr Dominicus, läuft mit dem Ministerpräsidenten Stegerwald um die Wette, um sich die Gunst aller waschechten Reaktionäre zu erobern. Im Haushaltausschuß des Preußischen Landtags hat der Herr am Montag sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß aus Anlaß des Kapp-Putsches zuviel reaktionäre Beamte gemaßregelt worden seien. Es sei das höchste Ziel seines Strebens, die Einheit des früheren Beamtenkörpers wiederherzustellen. Auf einen einfachen Satz zurückgeführt, heißt das: alle demokratischen Elemente müssen aus der Verwaltung verschwinden. Praktisch beginnt Herr Dominicus sein „höchstes Ziel" damit zu verwirklichen, daß er in einem Erlaß verfügt, in Zukunft dürfe kein Kommunist das Amt eines Landrats, Bürgermeisters oder Gemeindevorstehers bekleiden. Die Kommunisten bedienten sich bei ihren politischen Kämpfen außerparlamentarischer Machtmittel „aus dem Arsenal der Brachialgewalt und des blutigen Terrors", und dagegen müsse die Bevölkerung geschützt werden.

Für die Ausschreitungen, die sich die Untergeordneten des Herrn Dominicus in den Lagern Stargard und Sielow zuschulden kommen ließen, hat Herr Dominicus nur ein Bedauern übrig. Von ihm ist auch nicht zu erwarten, daß er gegen diejenigen Angehörigen der Schutzpolizei, die sich in Mitteldeutschland barbarische Vergehen zuschulden kommen ließen, einschreiten wird. Die Methoden, die in Stargard, Sielow und in Mitteldeutschland geübt worden sind, gehören jedenfalls auch ins Arsenal der Brachialgewalt, und Herr Dominicus müßte deshalb als Verantwortlicher das erste Opfer seines eigenen Erlasses werden. Den militaristischen Ungeist, aus dem die Roheitsakte geboren werden, gedenkt Herr Dominicus nicht einzuschränken. Er ist vielmehr dabei, die Macht der Militaristen in der Sicherheitspolizei wesentlich zu erweitern und die unteren Beamten der Willkür ihrer Vorgesetzten preiszugeben. Wenn Herr Dominicus mitsamt dem Ministerium Stegerwald noch lange am Ruder bleibt, ist er auf dem besten Wege, aus Preußen ein Kahrland zu machen. Die reaktionären Parteien in Preußen sind sich ihrer Sache schon sicher. Während sie bei der Regierungsbildung gegen Herrn Dominicus Sturm zu laufen versuchten, sehen sie in ihm heute, also ein paar Wochen später, schon ganz ihren Mann.

Die Arbeiterklasse muß diese Vorgänge aufmerksam verfolgen. Das preußische Staatsschiff wird zielbewußt nach rechts gesteuert. Die Widerstände gegen diesen Kurs müssen schleunigst mobilisiert, dem Streben der reaktionären Parteien, mit Hilfe des Ministeriums Stegerwald aus Preußen eine Orgeschzelle zu machen, muß ein fester Damm entgegengesetzt werden, damit die bedrängte Reaktion im Süden nicht eine wertvolle Hilfe aus dem Norden erhält.

Das Verbrechen an Belgien

Freiherr v. Schoen, bei Kriegsausbruch deutscher Botschafter in Paris, hat bei der Deutschen Verlagsgesellschaft Stuttgart ein Buch herausgegeben, welches den Titel „Erlebtes" trägt. Der Verfasser streift darin u. a. die Vorgeschichte des Krieges und schreibt über den gewaltsamen Einmarsch in Belgien folgende Sätze:

„Die Vergewaltigung Belgiens war nicht nur ein strategischer und politischer Fehler, sondern auch, wie von berufener Stelle von vornherein eingeräumt werden mußte, ein Bruch des Völkerrechts. Sie war es, ungeachtet der Berufung auf die Not, ungeachtet des nachträglich entdeckten Beweises, daß Belgien sich im Hinblick auf den deutschen Einmarsch mit den Ententemächten eingelassen hatte. Sie war ein schwerer Verstoß wider Recht und Ehre, der uns die Aechtung der Welt zugezogen und unseren Gegnern Waffen geliefert hat, mit denen sie uns nicht minder wirksam bekämpft haben wie mit den blutigen. Die Härten der Kriegsführung und der Besetzung haben ein übriges getan, um den Haß unserer Feinde in wildem Feuer aufflammen zu lassen. Erfolgreiches Hineintragen der Schrecken des Krieges in Feindesland mag einer berechtigten militärischen Lage entsprechen, aber das Niedertreten eines schwachen, durch heilige Verträge geschützten Landes ist ein Frevel, gegen den sich das Weltgewissen sühneheischend erhebt. An der erdrückenden Bürde dieser Sühne wird Deutschland durch Menschenalter hindurch zu tragen und zu leiden haben."

Die Vergewaltigung Belgiens durch den brutalen Ueberfall hat in der Tat den Krieg in den gegnerischen Staaten erst populär gemacht. Die öffentliche Meinung Englands wurde durch den Ueberfall völlig umgestimmt, das neutrale Ausland beinahe restlos gegen Deutschland aufgebracht. Das übrige wurde dann durch die grausamen Maßnahmen der deutschen Besatzungsbehörden — Deportation, Ausplünderung der Fabriken — erreicht. Deutschland machte sich die ganze Welt zum Feinde, und es schien manchmal so, als ob die militärischen Machthaber eine diabolische Freude daran hatten, dem Ruhmestitel „Barbaren" Ehre zu machen. Das Schimpflichste bei alledem war freilich der Umstand, daß weder die Zivilregierung noch die politischen Parteien, mit Ausnahme der U. S. P. D., Verwahrung gegen das Schreckensregiment in Belgien einlegten. Dadurch wurde das gesamte deutsche Volk für die Verbrechen seiner Militärkaste verantwortlich gemacht. Der Friedensvertrag von Versailles ist die Quittung für die begangenen Verbrechen.

Auch Brandler vor der Feme

Eine Sitzung der Zentrale der V. K. P. D. befaßte sich letzthin mit dem „Fall" des Parteivorsitzenden Brandler. Brandler hat während der Prozeßverhandlungen vor dem Berliner Sondergericht Ansichten vertreten, die vielleicht nur auf das Gericht berechnet waren, aber an sich eine Absage an alles waren, was die V. K. P. D. täglich verkündet hatte. Brandler sagte u. a. in seiner Verteidigungsrede:

„Wir haben in den verschiedensten Lagen bewiesen, daß es uns nicht darum zu tun ist, in die Regierung zu kommen. Wir wollen erst die Macht, wenn wir die ungeheure Mehrheit des Proletariats hinter uns haben, und zwar durch gewählte Räte. Wir können doch kein Rätesystem errichten ohne Räte! Die Diktatur des Proletariats wird nicht den zehnten Teil Gewalt anwenden müssen, wie die heutige Regierung. Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei Bestehen der deutschen Verfassung. Sie bedeutet, daß die Macht des Proletariats die Politik bestimmt. Der Profit der Kapitalisten wird durch die Diktatur des Proletariats verboten werden, und das kann ohne Einschränkung des in der Verfassung gewährleisteten Eigentumsrechts geschehen. Das ist die Diktatur des Proletariats."

Diese Sätze des Parteivorsitzenden waren nur zu geeignet, den Arbeitern in den eigenen Reihen die Augen zu öffnen über das freche Spiel, das mit ihnen ständig getrieben wird. Vertrat ein „Menschewist" solche Ideen, so war er „Verräter am Proletariat". Sollte nun die Zentrale der V. K. P. D. ihren Vorsitzenden Brandler, der den „opportunistischen und verräterischen Levi" abgelöst hatte, ebenfalls zum Verräter stempeln? Das hätte den Wirrwarr nur noch verstärkt und die eigenen Anhänger noch kopfscheuer gemacht, als sie ohnedies durch die Ereignisse der letzten Monate geworden sind. Deshalb fand die Zentrale der V. K. P. D. den zwar nicht ehrlichen, aber ihr zweckdienlich erscheinenden Ausweg, das Verhalten Brandlers vor dem Berliner Sondergericht zu verurteilen, aber nichts davon in die Oeffentlichkeit dringen zu lassen. Deshalb schwieg sich die „Rote Fahne" über diesen Beschluß denn auch ganz gründlich aus.

Einspruch gegen das Umlageverfahren

Im Reichsrat

Der Reichsrat hielt am Dienstag abend unter Vorsitz des Ministers Dr. Gradnauer eine öffentliche Sitzung ab. Gegen die Beschlüsse des Reichstages zu dem Gesetz über die Getreidebewirtschaftung erhoben die Vertreter von Bayern, Braunschweig und Sachsen Widerspruch. Der sächsische Vertreter motivierte seinen Anspruch damit, daß Sachsen von Hause aus für Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft wäre und sich nach Herabsetzung der Umlage keinen Erfolg von dem Gesetz versprächen. In der Abstimmung wurde der Einspruch mit 46 gegen 18 Stimmen abgelehnt, das Gesetz kann also demnächst in Kraft treten.

Der Reichsrat erledigte noch die Nachtragsetats des Postministeriums und der Reichsdruckerei sowie den Nachtrag zum Eisenbahnetat für 1921. Durch den Nachtragsetat steigt bei der Post der Fehlbetrag im ordentlichen Etat auf drei Milliarden und 189 Millionen, im außerordentlichen auf 1 Milliarde 425 Millionen. Im ordentlichen Etat des Eisenbahnetats ist ein Zuschuß von über drei Milliarden und im außerordentlichen von 5½ Milliarden erforderlich. Der Gesamtzuschuß beträgt daher 9½ Milliarde.

Berliner Stadtverordneten-Versammlung

Nach der letzten stürmischen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die wegen einer provozierenden Rede des Volksparteilers Dr. Caspari vertagt werden mußte, weil die Kommunisten ihn am Reden verhinderten, nahm die gestrige Sitzung, nach einigen ermahnenden Worten des Stadtverordnetenvorstehers nach rechts und links, einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf. Es scheint, als ob auch hier die Kommunisten einzusehen scheinen, daß ein unnötiger Radau der Sache des Proletariats nicht dienlich ist. Interessante Feststellungen brachte vor allem die Frage betreffend den Bericht des Magistrats über das Verschwinden eines städtischen Autos. Genosse Weinberg erhob gegen die demagogische Art der Berichterstattung des Magistrats den schärfsten Protest.

Hatte man geglaubt, daß der heutige Tag die Antwort der Fraktionen auf die Etatsrede des Kämmerers bringen würde, so war das eine Enttäuschung. Von bürgerlicher Seite will man mit Hilfe der Rechtssozialisten erst die Ausschußberatung abwarten. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte brachte schließlich das Ergebnis, daß das Haus beschlußunfähig war. Eine Reihe Vorlagen von wichtiger Bedeutung mußte so wieder unerledigt bleiben.

Sitzungsbericht

Bei Beginn der Sitzung entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die von kommunistischer Seite angezweifelte Rechtmäßigkeit der Ueberweisung des Etats an den 25gliedrigen Etatsausschuß, wie sie in voriger Sitzung beschlossen sein solle. — Vorsteher Dr. Weyl stellt demgegenüber fest, daß der Beschluß der Ueberweisung ordnungsgemäß proklamiert worden sei. Auf seinen Antrag beschließt die Versammlung nochmals die Ueberweisung an den Etatsausschuß.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung über den Ausschußantrag bezüglich des Antrages Göbel u. Gen. betr. die Abänderung der Namen von Straßen und Plätzen. In voriger Sitzung waren die Ausführungen des Stadtv. Dr. Caspari (Dt. Vp.) durch den schließlich vom Vorsitzenden nicht zu bändigenden wüsten Lärm der Linken abgebrochen worden. Vorsteher Dr. Weyl richtet die dringende Bitte an die Redner, sich jeder provozierenden Aeußerung zu enthalten, die bei einzelnen Parteien peinliche Gefühle und Empfindungen hervorrufen müssen. Diese Bitte richte sich an alle Parteien. — Der Antrag der Kommunisten geht im allgemeinen dahin, alle Straßennamen zu beseitigen, welche in Groß-Berlin doppelt vorkämen und militaristisch-monarchistische Tendenzen haben. Der Ausschuß hat einen ähnlichen Antrag in abgemilderter Form gestellt.

Stadtv. Dr. Caspari (Dt. Vp.) verwahrt sich zunächst energisch dagegen, daß er durch seine Ausführungen in voriger Sitzung die Lärmszene verursacht habe. Redner erklärt sich gegen den Ausschußantrag.

Stadtv. Adolf Hoffmann (Komm.) hält eine Philippika gegen das Hohenzollernhaus, den Kapitalismus, die Ausplünderung des Volkes. Er ist der Ansicht, daß es ein Skandal sei, wenn in heutiger Zeit noch solche Straßennamen beibehalten werden, die an die militaristisch-dynastische Vergangenheit erinnern. (Die ganze Rechte verläßt den Saal.)

Stadtv. Dr. Dove (Dem.) verteidigt den Ausschußantrag, der von praktischen Gesichtspunkten ausgeht. Stadtv. Lange (Zentr.) lehnt den Antrag ab, der eine schwere Belastung des Etats bedeute.

Stadtv. Dr. Weinberg (U.-S.) bemängelte den Rechtsstandpunkt, daß die Stadt auch heute noch nicht in der Lage sei, selbst über die Benennung der Straßen zu verfügen. Er verlangt Abänderung.

Der Ausschußantrag wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Er hat folgenden Wortlaut: „Der Magistrat wird ersucht, beim Polizeipräsidium die Umbenennung derjenigen Straßen und Plätze zu beantragen, die a) mehrfach vorkommen und zu Verwechselung Anlaß geben können, b) ohne historisches Interesse sind und nur aus dynastisch-byzantinischen Rücksichten gewählt sind.“ Dazu wurde noch ein Zusatzantrag Dr. Weinberg angenommen, der besagt, daß es Sache der städtischen Behörde sei, über die Benennung der Straßen und Plätze selbständig zu verfügen, und den Magistrat zu ersuchen, bei der Staatsregierung diesen Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Frau Wengels (U.-S.) beantragt namens des Ausschusses die Vorlage des Magistrats anzunehmen, wonach ein Darlehn bei der städtischen Sparkasse in Höhe von 7 Millionen Mark aufgenommen werden soll für die Errichtung des Krematoriums in der Diestelmeierstraße.

Gegen den Antrag erklären sich die Stadtvv. Hallensleben (Dt. Vp.) und Linke (D.-N.), übereinstimmend auf die Finanzlage Berlins hinweisend, und sie betonen auch, daß das Vermögen der Sparkasse als unantastbar betrachtet werden sollte. — Stadtv. Dr. Michaelis (Dem.) ist gegen den Ausschußantrag. Bei der Finanzlage Berlins ist Sparsamkeit bei allen Dingen, die nicht unbedingt notwendig sind, durchaus geboten.

Stadtv. Manasse (U.-S.): Das Bedürfnis ist sogar ein sehr dringendes. Es handelt sich um eine goldsichere Anlage.

Bei der Abstimmung gelangt der vom Ausschusse empfohlene Magistratsantrag zur Annahme. Der Zusatzantrag Hallensleben wird abgelehnt.

Stadtv. Dr. Michaelis (Dem.) berichtet über die Vorschläge des Ausschusses zur Beratung der Anträge Dr. Weyl (U.-S.) und Heimann (Soz.) auf Erhöhung der Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen der Groß-Berliner Straßenbahn. Im Ausschuß wurde von allen Seiten die Notlage der Leute anerkannt und die Notwendigkeit, dieser Notlage zu steuern, soweit es die finanzielle Lage zulasse, eingesehen. Es wird vorgeschlagen: für das Jahr 1921 den bestehenden Fonds von 700 000 M. zu verdoppeln.

Genosse Stadtv. Paul John erklärt, daß seine Freunde der Ausschußvorlage nicht zustimmen können, wohl ist man sich einig, daß etwas getan werden müsse, aber die Wege sind noch sehr verschieden. Eine Erhöhung von 100 Prozent, wie sie die S.P.D. beantragt, ist nicht ausreichend, bei einer Zahlung von 70 M., ja selbst nur 35 M. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß die Pensionäre aus der Vorzeit der städtischen Straßenbahn gleichgestellt werden müssen mit jenen Pensionären, die erst nach der Uebernahme der Straßenbahn durch die Stadt Berlin in den Genuß der Pension gekommen sind. Es ist Pflicht der jetzigen Stadtverwaltung, diesen alten Leuten Beistand zu gewähren, da die Stadt ja auch den Pensionsfonds übernommen hat, auch dürfte die in Frage kommende Summe für den 600-Millionen-Etat keine Rolle spielen.

Stadtv. Frau Schmitz bittet dem Antrage den Zusatz anzufügen, daß in der Magistratsvorlage die Altpensionäre den Neupensionären gleichgestellt werden. — Stadtv. Schmidt (Komm.) will gemäß dem Antrag Weyl sofortige Erhöhung der Bezüge. — Stadtv. Salzgeber (Zentr.) spricht sich für die Berechtigung aus, der Notlage zu steuern und ist für Annahme. Der Ausschußantrag wurde mit dem Zusatz Schmitz angenommen.

Die zahlreichen Anträge, die zu den Tagesordnungspunkten: Besetzung leitender Stellen in städtischen Werken und: Geschäftsordnung für die Deputation für Werke werden einem Ausschuß überwiesen.

Nach kurzer Erledigung einer großen Reihe von Vorlagen, die teils ohne Debatte angenommen, teils einem Ausschuße überwiesen werden, wird die alte Angelegenheit betr. den Verlust eines städtischen Autos auf Grund des in einer Vorlage des Magistrats wiedergegebenen Berichts der eingesetzten Untersuchungskommission besprochen. Das Ergebnis der Untersuchung wird dahin angegeben, daß die Anschuldigung, Herr Stadtrat Berndt habe durch sein Verhalten die Stadt um ein Personenauto geschädigt, zu Unrecht erhoben worden ist.

Genosse Stadtv. Weinberg drückt seine Verwunderung über den irreführenden Bericht des Magistrats aus, welcher den Eindruck erweckt, als hätte die revolutionäre Arbeiterschaft das Auto gestohlen und Radek sei in diesem entflohen. In Wirklichkeit sei Blau derjenige, welcher das Auto angeblich im Namen der revolutionären Arbeiterschaft gestohlen. Dieser Blau war Mitglied der antibolschewistischen Liga und von der Eisernen Schar in München, einer Vorgängerin der Orgesch, gegen ein Monatsgehalt von 530 Mark als Lockspitzel angestellt. Als solcher war er beauftragt, den schweizerischen Sozialisten Platten für 80 000 Mark zu morden, für 50 000 Mark sollte er den unabhängigen Polizeipräsidenten Eichhorn morden. Diese Tatsachen sind durch den bekannten Blau-Prozeß festgestellt. Wenn behauptet wird, mit diesem Auto sei Radeks Flucht bewerkstelligt, so steht fest, daß dieser Berlin in der fraglichen Zeit garnicht verlassen hat. Festzustehen scheint, daß das Auto bei Einnahme des Büxensteinschen Betriebes noch vorhanden war, also ist das Auto von den Truppen verschoben worden. Ferner ist es verwunderlich, daß das Untersuchungsprotokoll die Unterschrift eines sozialistischen Stadtrates trägt, wiewohl das Ergebnis der Untersuchung ausgereicht hätte, einen Prozeß mit Aussicht auf Erfolg anzustrengen, der Klarheit über den Verbleib des Autos gebracht hätte. Deshalb ist gegen den Bericht des Magistrats der schärfste Protest notwendig.

Stadtv. Degner (Komm.) äußert sich in demselben Sinne; in dem Bericht befänden sich grobe Unwahrheiten und Lügen. Er beantragt, den Magistrat zu ersuchen, den jetzigen Bürgermeister Berndt für den Verlust des Autos ersatzpflichtig zu machen.

Magistratsvertreter Stadtrat Rancke verweist auf den Bericht selbst und betont, daß derselbe nur die objektiven Ergebnisse der Untersuchung enthalte. Auf Grund dieser objektiven Feststellungen sei der Magistrat einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß dem Stadtrat Berndt kein Verschulden an dem Verlust des Autos beizumessen sei.

Stadtv. Koch (Dnatl.) ist in der eigenartigen Lage, den sozialistisch zusammengesetzten Magistrat gegen die Angriffe von links verteidigen zu müssen.

Stadtrat Stolt bestreitet, daß der Magistratsbericht überhaupt die subjektive Schuldfrage berühre.

Schließlich lehnte die Versammlung letzteren Antrag, sowie den kommunistischen Antrag ab und erklärte sich damit mit dem Magistratsbericht einverstanden.

Stadtv. Grützer (W. Vg.) begründet in längeren Ausführungen einen Antrag: Den Bäckereien zur Herstellung und Abgabe markenfreien Gebäcks das in großen Mengen angebotene Auslandsmehl zur Verfügung zu stellen.

Ein Magistratsvertreter ist der Meinung, daß die Rede in den Reichstag gehört hätte. Der Magistrat sei an die Reichsverordnungen gebunden. — Die Stadtv. Hilse (U.S.) und Pfeiffer (Komm.) sind gegen den Antrag und verteidigen die Brotmarke.

An der weiteren Erörterung beteiligen sich noch die Stadtv. Frau Schmitz (S.P.D.), Frau Becker (Dnatl.), Levi (S.P.D.) und Schallbach (D. Vp.).

Der Antrag Grützer wird bei der Abstimmung abgelehnt. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte knüpft sich an den auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand: Festsetzung des Stadthaushaltsplanes für 1921. Es wird zur Frage gestellt, ob die Wortführer der einzelnen Fraktionen jetzt im allgemeinen zum Etat Stellung nehmen oder wann dies geschehen soll. — Stadtv. Dr. Steiniger (Dnatl.) und Stadtv. Hirsch (S.P.D.) halten es für das beste, die allgemeine Erörterung über den Etat erst stattfinden zu lassen, wenn der erste Bericht des Etatsausschusses erstattet wird. Stadtv. Dörr (Komm.) wünscht überhaupt erst bessere Unterlagen für den Etat, ehe man sich weiter darauf einläßt.

Kämmerer Harding: Ich habe schon neulich hervorgehoben, daß die Unterlagen des Etats dürftig sind und daß der Magistrat außerstande sei, in wenigen Tagen das reichhaltige Material herbeizuschaffen, das zu einer ordnungsmäßigen Etatsberatung notwendig wäre. Wir sind aber durch den § 59 des Kommunalabgabengesetzes in einer Zwangslage. Wenn bis zum Ablauf des ersten Vierteljahres des laufenden Etatsjahres über die Umlagen nicht ein endgültiger Beschluß gefaßt ist, ist uns die Verteilung der Steuern für 1921 endgültig aus der Hand genommen. Ist es nun das kleinere Uebel, den Haushaltsplan für 1921 ebenso wie den des Vorjahres als Notetat zu behandeln oder eine eingehende Durcharbeitung vorzunehmen und auf die Selbständigkeit der Steuerverteilung zu verzichten.

Stadtv. Dr. Leidig (D. Vp.) schließt sich im allgemeinen dem Vorschlage des Stadtv. Hirsch an. Stadtv. Dr. Dove (Dem.) ist der Meinung, daß die erste Lesung erledigt, nachdem der Etat an den Ausschuß überwiesen ist. Auch Stadtv. Schallbach (Zentr.) spricht sich in demselben Sinne aus, ebenso Stadtv. Koch (Dnatl.).

Genosse Stadtv. Zubeil benutzte die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß es gerade die Schuld der bürgerlichen Parteien ist, daß der Etat in dieser dürftigen Form vorgelegt wird, er tritt namens seiner Freunde für die sofortige Besprechung der Rede des Kämmerers ein, erst dann soll die Ausschußberatung stattfinden.

Nach längerer Debatte, die fast eine Stunde in Anspruch nimmt, ergibt sich bei der Abstimmung die Beschlußunfähigkeit der Versammlung. Die Abstimmung wird daher erst am Donnerstag stattfinden können. Schluß 10 Uhr.

Hauptausschuß des Landtags

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages setzte am Dienstag die Beratungen des Haushalts des Ministeriums des Innern fort. Abg. Leid (U. S.) verlangte, daß der Wille des Volkes und des Parlaments in der Verwaltung mehr als bisher zum Ausdruck kommen müsse. Es werde viel zuviel mit Verordnungen und Erlassen gearbeitet, deren Kontrolle dem Parlament entzogen sei. Sehr oft würden dadurch, vor allem bei den unteren Instanzen, die Absichten der Gesetzgebung durchkreuzt. Viel Unfug werde auch mit den Hofreskripten angerichtet, die immer noch Gesetzeskraft hätten. Es gäbe sogar noch Verordnungen aus dem Jahre 1801, auf die sich die Verwaltung gelegentlich stütze. Er schlage vor, eine Sammlung dieser veralteten Verordnungen herauszugeben, die Oeffentlichkeit würde dann erfahren, wie groß der Umfang dieses verstaubten Plunders sei, der heute noch Gesetzeskraft besitze. Eine Verwaltungsreform sei dringend erforderlich. Die bisherigen Kreise und Provinzen müssen unbedingt neu eingeteilt werden, und zwar nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Personalpolitik, die der Minister Dominicus betreiben wolle, werde auf den schärfsten Widerstand der U. S. P. stoßen. Herr Dominicus wolle die Kappisten wieder ins Amt bringen, zugleich verfügt er, daß kein Kommunist ein Verwaltungsamt bekleiden darf. Das beweise, welcher Kurs gesteuert wird. Leid verlangte weiter die Auflösung der Orgesch. Er wandte sich gegen die vielen Ausschreitungen der Schutzpolizei und gegen die unsinnigen Strafbefehle, die oft erlassen werden. Die Sittenpolizei müsse den Einflüssen der Polizei entzogen und den Fürsorgeämtern übertragen werden. Für den Ausnahmezustand liege kein Anlaß mehr vor. Minister Dominicus habe sich durch sein Verhalten in Widerspruch zum Reichskanzler Wirth gestellt und den ausgekochten Kappisten v. Dassel, der in Ostpreußen das Ruder führt, begünstigt. Notwendig sei die Vorlegung eines Feuerbestattungsgesetzes. Die Polizei ist heute die Reichswehr Nr. 2 geworden. Wir verlangen die Kommunalisierung der Polizei, die Kosten muß selbstverständlich der Staat tragen. Kommunalisierung der Polizei bedeutet letzten Endes Entmilitarisierung.

Abg. Dr. v. Dryander (Dnat.) verlangt, daß die Verwaltung den Staatswillen zum Ausdruck zu bringen habe, und nicht den Volkswillen. Die Beamtenschaft müsse ebenso wie die Sipo entpolitisiert werden. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen ist nicht am Platze. — Abg. Dr. Leidig (D. Vp.) wendet sich gegen den Abg. Severing und nimmt die Richter in Schutz. Wenn verschiedene Beamte den Eid nicht leisten wollen, so soll man darauf kein so großes Gewicht legen. Wir befinden uns noch in der Revolution. Viele Beamte können sich mit dem neuen Zustand noch nicht abfinden. Das wird erst anders werden, wenn sich die Verhältnisse befestigt haben.

Abg. Severing (Soz.) wendet sich gegen den Minister Dominicus. Er verliest einen Erlaß des Regierungspräsidenten aus Magdeburg, der sich gegen den Fraktionszwang in den Gemeinden wendet. Das sei eine Anmaßung, zu der der Regierungspräsident keine Berechtigung habe. Die Kommunisten dürfen nicht grundsätzlich von öffentlichen Aemtern ausgeschlossen werden, man müsse sie zur Arbeit heranziehen, das sei das beste Mittel zur Widerlegung ihrer Theorien. Wir hätten heute ein republikanisches Staatswesen, deshalb sei nicht allein die sachliche Vorbildung, sondern auch die politische Haltung der Beamten ausschlaggebend. Die Arbeiter müßten im Staatsleben jene Vertretung bekommen, auf die sie kraft ihrer Zahl und ihrer Bedeutung Anspruch erheben könnten. Severing richtet sodann an die Regierung eine Warnung vor dem Selbstschutz in Oberschlesien und Niederschlesien. Die Sache sei sehr bedenklich geworden, der Selbstschutz spiele dort eine Rolle, die dem Staat noch sehr gefährlich werden könnte. Es sei ein großer Fehler gewesen, daß die Regierung seine Bildung zugelassen habe. Der Zwölfer-Ausschuß habe sich Dinge geleistet, die Oberschlesien gefährden müssen. Einen Schutz hat der Selbstschutz nicht gebracht, uns aber in große Schwierigkeiten versetzt. Wenn der Selbstschutz nicht bald aufgelöst wird, wird in Oberschlesien die Ruhe nicht so leicht wiederherzustellen sein. Es bestehe auch die Gefahr, daß sich der Selbstschutz gegen eine Auflösung sträube und dann wie die Baltikumer und die Freikorps monatelang in Deutschland die öffentliche Sicherheit bedrohen werde. In Niederschlesien, das nicht im Aufstandsgebiet liegt, sind schon heute Unruhen infolge des Auftretens des Selbstschutzes zu befürchten. Schnelle Gegenmaßnahmen seien erforderlich.

Minister Dominicus verteidigte noch einmal seine Personalpolitik. Die Männer des Selbstschutzes in Oberschlesien verdienten Dank und Anerkennung. Ueber Einzelheiten des Selbstschutzes könne er sich mit Rücksicht auf die Außenpolitik nicht einlassen. Das nationale Interesse stehe in dem Vordergrund.

Dr. Berndt (Dem.): Die Reform der inneren Verwaltung ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit. Die Gutsbezirke müssen möglichst restlos aufgehoben werden. Zu den Aemtern müssen alle Kreise und alle Parteien Zutritt haben, natürlich unter Voraussetzung der nötigen Befähigung. Der Kommunistenerlaß des Ministers sei zu billigen; es dürften aber auch keine rechtsradikale Elemente in leitende Stellungen der Verwaltung berufen werden. Die Entwaffnung und Auflösung aller Orgeschformationen sei notwendig, ebenso müsse verhindert werden, daß sich irgendwelche Ersatzorganisationen bilden. Dahingehende Versuche werden schon jetzt unternommen. Die Auflösung und Entwaffnung der Orgesch sei eine staatliche Notwendigkeit.

Neue Vorstellungen

Der französische Botschafter in Berlin, Laurent, erschien am Montag beim Reichsaußenminister Dr. Rosen und hatte mit demselben eine längere Unterhaltung über die oberschlesische Frage. Er erneuerte seinen Protest gegen den deutschen Selbstschutz in Oberschlesien und wies darauf hin, daß General Hoefer den Rückzug seiner Truppen verweigere.

Das Reichskabinett ist am Dienstag vormittag zu einer eingehenden Aussprache über die oberschlesische Frage zusammengetreten. Reichsminister Dr. Rosen wird am Donnerstag die Stellungnahme der deutschen Regierung im Reichstage eingehend darlegen.

100 Millionen für Oberschlesien

Wie die P. P. N. hören, hat die Regierung zur Linderung der dringendsten Not in Oberschlesien 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die durch einen besonderen Staatskommissar mit Hilfe von Vertrauensleuten an die bedürftigsten Kreise der Gebiete Oberschlesiens, die in der Hand der Deutschen sind, zur Verteilung gelangen sollen. Es handelt sich dabei vor allem um Sicherstellung der Ernte in den von den Polen geräumten Aufstandsgebieten.

Am Mittwoch und Freitag dieser Woche sollen zwei weitere Transporte das oberschlesische Interniertenlager Sielow verlassen. Damit wird das Lager vollkommen geräumt werden. Die Internierten, die nicht in das Korfanty-Gebiet ausgetauscht werden, werden nach Rosenberg verbracht und dort unter den Schutz der englischen Truppen gestellt.

Eine vernünftige Ansicht

Washington, 21. Juni. (Funkspruch.)

Handelsminister Hoover erklärte, das Vorgehen der Reparationskommission, die Zahlung der gegenwärtigen Rate der deutschen Entschädigung in amerikanischen Dollars zu verlangen, habe einen scharfen Rückgang an der Börse verursacht und eine Schädigung des Handels zur Folge gehabt. Hoover forderte, daß die Kommission eine derartige Politik nicht weiter verfolge und regte an, die Kommission möge die Rate der Entschädigungszahlung entweder in alliierter Währung festsetzen, oder der Ankauf von Dollars möge über eine beträchtliche Zeitspanne ausgedehnt werden.

Die neue Regierung in Deutsch-Oesterreich

Wien, 21. Juni.

Die Nationalversammlung hat mit 98 christlich-sozialen und großdeutschen gegen 62 sozialdemokratische Stimmen die neue Regierung gewählt. Der neue Bundeskanzler Schober erklärte im eigenen Namen sowie im Namen der anderen Mitglieder der neuen Regierung, die Wahl anzunehmen.

Die von der Nationalversammlung genehmigte Ministerliste setzt sich wie folgt zusammen: Schober, Kanzler und Aeußeres; Breisky, Vizekanzler und Unterricht; Waber (Großdeutsch), Inneres; Vaugoin (Christlich-Soz.), Heer; Grimm, Finanzen; Grünberger, Ernährung; Paltauf, Justiz; Ministerialrat Hennet, Ackerbau; Sektionschef Rodler, Verkehr; Sektionschef Angerer, Handel; Sektionschef Paur, Soziale Verwaltung. Das neue Kabinett besteht aus Beamten und Fachmännern und je einem Vertrauensmann der Christlichsozialen und Großdeutschen.

Terroristisches Attentat in Barcelona

Madrid, 20. Juni.

In Barcelona ist ein neues terroristisches Attentat verübt worden, dem drei Syndikalisten, nämlich der Sekretär, Vizesekretär und Schatzmeister des nationalen Arbeitsverbandes zum Opfer gefallen sind. Die Täter sind entkommen.

Elternbeiratswahl in Dresden. Die Elternratswahlen in Dresden brachten eine Mehrheit für die Anhänger der konfessionellen Schule. Es ist aber dabei zu bemerken, daß die christlichen Lehrer mit allem Raffinement gearbeitet haben. An einer Schule konnten überhaupt keine Wahlen stattfinden, weil der Direktor das für überflüssig hielt. Die Schule soll weiter in bewährter christlicher Weise geleitet werden. Die Wahlbeteiligung betrug nur 50 bis 75 Prozent.

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

SAISON-AUSVERKAUF

Soweit Vorrat

25000 Mappen Briefpapier 45 Pf.
5 Bogen, 5 Umschläge, undurchsichtig ....

10000 Reisemappen Briefpapier 1.65
25 Bogen, 25 Umschläge, undurchsichtig ....

10000 Kassetten Briefpapier 3.75
25 Bogen, 25 Umschläge mit Seidenfutter............

10000 Papier-Tischläufer mit farbig. 1.45
Blumenmustern ....

Ein grosser Posten
Geschäftsumschläge 35.00
5 verschiedene Farben .... 1000 Stück

Sensationell billige Angebote

in

**Damen-Bekleidung, Damen-Wäsche
Herren-Artikel, Schuhwaren, Strümpfe
Trikotagen, Handschuhe, Kleiderstoffe
Seidenstoffe, Baumwollwaren usw.**

Verlangen Sie unseren vierseitigen Prospekt

Geldtaschen aus echtem Leder
4.60 6.75 13.75

Brieftaschen echtes Leder, versch. Fächer
17.50 35.00 48.00

Besuchstaschen neue Form, echt Leder
19.75 27.50 38.00

Damentaschen grosse Form, mit Bügel, echt Rindlack
115.00 145.00 175.00

Coupékoffer mit 8 Schutzecken u. guten Schlössern
55 cm 46.00 60 cm 49.00 65 cm 52.00

Aschbecher
Metall, vermessingt, Unterteil gehämmert
7.50

Porzellan-Vasen buntes Dekor
6.75

Tafelaufsatz
4 Säulen, Rosenmuster, **stark versilbert**, innen vergoldet, mit Glaseinsatz, 20 cm hoch, 24 cm lang
49.50

Obstschale
längliche Form, Rosenmuster mit Griffen, **stark versilbert**, innen vergoldet, m. Glaseinsatz, 26 cm lang
42.50

Isolierflaschen 9.75
1/2 Liter Inhalt.........................

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr:
Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr:
Die St. Jakobsfahrt

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Violetta
Schauspielhaus
7 Uhr: Nathan der Weise

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 1/2: Potasch u. Perlmutter
Kammerspiele
7 1/2 U.: Zwei glückliche Tage
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 1/2 Uhr: Die Weber
(Außer Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
9 Uhr: Satans Maske
(Schulz, Riemann, Bildt)

Berliner Theater:
DAS Milliarden SOUPER
7.30 Uhr: Ralph Arthur Roberts, Else Müller, Lischi Eliool, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der
blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Ingo van der Straaten, Ilsa Marsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogg.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Max Adalbert in
Wenn das Spiel gemacht ist — — — — ab dafür

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr: **Rosen**

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Olga Limburg in
Nur ein Traum

Komische Oper
7 1/2 Die Oper 7 1/2
Alt-Heidelberg

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Mascottchen**

8 U. **Folies Caprice** 8 U.
Schlafzimmergeheimnis
Liebe en gros
mit Ferd. Grunecker

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Gög)

Deutsch. Künstl.-Theater
7 1/2 Uhr: **Geständnis**
(Ralph, Korff, Otto).

Theater am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Wo die Schwalben nisten

7 1/2 **Apollotheater** 7 1/2
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Hurra!
oder
Der Sport-Schlemihl
mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4 1/2 Uhr:
:: Varieté ::
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 10077
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorv. 11—1 1/2 u. ab 6

METROPOL
VARIETÉ-KABARETT
Behrenstraße 54.
7 1/2 Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
und der unübertreffliche
Juni-Spielplan

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Mittwoch, den 22. Juni 1921
Konzert und Spezialitäten-Vorstellung
II. Gr. Kinderfest
Kinderbelustigungen aller Art :: Wettrennen Topfschlagen :: Sackhüpfen :: Puppentheater :: Fackelzug usw.
Anfang 4 Uhr :: Einlaß 2 Uhr
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet

Voranzeige!
Donnerstag, den 23. Juni 1921
Großes Fronten-Feuerwerk

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

Spottbillige Preise!
!! Saison-Ausverkauf !!

Einige Beispiele!		**Soweit Vorrat!**
Impr. Regenmäntel	125.—	bis 495.—
Kostüme	120.—	bis 975.—
Weite Ulster	136.—	bis 650.—
Mantelkleider	255.—	bis 870.—
Covercoatmäntel	198.—	bis 521.—
Gummimäntel für Damen		300.—
Gummimäntel für Herren		450.—
Sportjacken	40.—	bis 351.—
Schw. kunstseid. Strickjack.	108.—	bis 350.—
Waschkleider	48.—	bis 276.—
Tuchmäntel	370.—	bis 728.—
Röcke	42.—	bis 216.—

Jetzt im Ausverkauf!!
Plüschmäntel 775
Pelzmäntel 2500, 3200, 4200, 5000

Westmann
I. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Geschäftsbericht

über das 2. Geschäftsjahr der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1920

Bilanz per 31. Dezember 1920

Aktiva	M.	M.
Barbestände und Bankguthaben:		
Barbestände der Kasse	9 708,16	
Postscheck- und Bankguthaben ..	51 991,80	61 699,96
Freiheit-Druckerei G. m. b. H.		
Guthaben bei derselben		687 678,10
Außenstände:		
a) Zeitungsverlag	174 090,25	
b) Inseratenabteilung	518 910,06	
c) Buchhandel	221 973,32	914 973,63
Lager der Buchhandlung:		
Lager an Büchern und Schriften laut Inventuraufnahme		150 349,33
Kautionen:		
Diverse hinterlegte Beträge ...		4 574,—
Inventarbestand:		
Laut Buch	143 635,20	
Abschreibung	35 908,80	107 726,40
		1 846 399,42

Passiva	M.	M.
Schulden:		
Verlag	97 989,83	
Inseratenabteilung	38 532,52	
Buchhandlung	63 973,65	
Zinsen für die Genossen	24 293,80	224 789,80
Stiftungsfonds-Konto		1 618,15
Konto Dubiose:		
Rückstellung für voraussichtlich uneinbringliche Forderungen ...		48 325,8
Akzepten-Konto		100 000,—
Reservefonds-Konto		11 619,20
Vergrößerungs-Spezial-Reservefonds		46 477,19
Druckerei-Spezial-Reservefonds ...		58 090,48
Umsatzsteuer-Konto		444 900,—
Anteil-Konto		
41 820 Anteile à Mk. 20,—		836 400,—
Gewinn- und Verlustkonto:		
Reingewinn	74 172,60	
Gewinnverteilung n. § 22 d. Statuts:		
10% in den gesetzl. Reservefonds .	7 417,26	
40% i. d. Vergröß.-Spezialreservefd.	29 669,04	
50% i. d. Druckerei-Spezialreservefd.	37 086,30	74 172,60
		1 846 399,42

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1920

Debet	M.	M.
Generalunkosten-Konto		2 729 078,34
Zinsen-Konto:		
3% Zinsen auf die gezeichneten Genossenschaftsanteile	24 293,80	
ab von Banken vergütete Zinsen .	4 929,69	19 364,11
Inventarabschreibungen		35 908,80
Konto Dubiose:		
Rückstellung für uneinbringliche Forderungen		82 024,30
Umsatzsteuer-Konto		444 900,—
Bilanz-Konto:		
Reingewinn per 1920		74 172,60
		3 385 448,15

Kredit	M.
Zeitungsverlags-Konto	260 519,04
Inseraten-Konto	2 947 218,41
Konto Buchhandlung:	
Ueberschuß der Buchhandlung	173 623,70
Beitrittsgeld-Konto	4 087,—
	3 385 448,15

Vorstehende Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung habe ich geprüft und mit den ordnungsmäßig und richtig geführten Geschäftsbüchern übereinstimmend gefunden.

Johann Grabe,
öffentlich angestellter, beeidigter Bücherrevisor im Bezirke der Handelskammer zu Berlin.

Mitgliederbewegung.

Bestand am 31. Dezember 1919	5 596 Mitglieder	
Neu eingetreten	3 160 Mitglieder	8 756 Mitglieder
Ausgeschieden:		
durch Tod	16 Mitglieder	
durch Kündigung	110 Mitglieder	
durch Ausschluß	139 Mitglieder	165 Mitglieder
		8 591 Mitglieder

Die Haftsumme betrug am 31. Dezember 1919	Mark 561 440,—
sie vermehrte sich um	Mark 284 960,—
Sie betrug am 31. Dezember 1920	Mark 836 400,—

Berlin, im Juni 1921

Der Vorstand
gez. Rudolf Budde Richard Küter Anna Schubert
Bernhard Rubinstein Paul Brühl

Für den Aufsichtsrat
gez. Otto Döring, Vorsitzender

Ata Henkel's Scheuerpulver putzt reinigt Alles

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden. Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Zeißfeldstecher
6- und 8fach, kauft ständig.
M. Steckelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Lützow 9289).

Erwerbstätige Frauen!
Verlangt den Aufruf von Luise Zietz, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 45 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
August Dimmey
Gotzkowskystr. 26, am 18. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. 6., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Johannes-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.
Ehre seinem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl.
Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung (of.
Amt Zentrum 7800
Sonntags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Am Donnerstag, den 23. Juni 1921, nachm. 4 1/2 Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Branchen-Versammlung
der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker.

Tagesordnung:
1. Bericht und Stellungnahme zum Tarifabschluß.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Betriebsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

EMILE ZOLA
GESAMMELTE NOVELLEN
Durchgesehen und herausg. von Hans Jacob
Drei Bände

Zum ersten Male wird hier eine Zusammenfassung von Zolas novellistischem Schaffen in deutscher Sprache geboten, in der wir neben den allbekannten Meisternovellen des grossen Romanschriftstellers auch Werke finden, die bisher in Deutschland wenig zugänglich waren. Unmittelbar mit Wärme und Leidenschaft spricht aus dieser Sammlung menschliches Erleben, innere Erschütterung.

Preis: elegant gebunden m. farbigen Umschlagzeichnungen M. 100.—, in Halbleder M. 150.—
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den
VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER
POTSDAM

Groß-Berlin

Frauenkonferenz Groß-Berlin

Am Montag abend fand im Bürgersaal im Rathaus die Frauenkonferenz von Groß-Berlin statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag der Genossin M. Wurm über die Jugendfrage. Die Referentin ging in ihren Ausführungen auf die Entwicklung unserer Jugendbewegung ein. Die eigentliche Zusammenarbeit zwischen Jugend und Partei besteht seit 1908, ein sehr inniges Verhältnis ist es aber nie geworden. Schuld daran sind die älteren Parteigenossen mehr als die Jugendlichen. Der Krieg hat viele der Besten vernichtet, so daß der neue Aufbau der Bewegung sehr schwierig war. Nach der Spaltung blieben die Jugendlichen noch zusammen, allerdings nur dadurch, daß sich ein Teil öffentlich politisch neutral erklärte, während er in Wirklichkeit kommunistische Politik trieb. Zu Pfingsten fand in Gera der endgültige Zusammenschluß der Sozialistischen Proletarierjugend statt, die sich an die U. S. P. D. anlehnt.

In ihren weiteren Ausführungen ging die Referentin auf die große Not der Jugendlichen näher ein. Die heutige Schule gibt ihnen nichts, und das Elternhaus, das ein Gegengewicht sein soll, versagt oft infolge der sozialen Nöte. Wir müssen uns viel mehr als bisher um unsere Jugend kümmern, ihnen taktvoll Freund und Berater sein, zu denen sie Vertrauen haben; niemals darf die Jugend die Anwesenheit der älteren Parteigenossen als Bevormundung empfinden. Sehr viele unserer Genossinnen sind wohl in der Lage, das Bindeglied zwischen Jugend und Partei zu sein.

Die Schilderung des Verlaufes des Geraer Jugendtages löste allgemeine Befriedigung aus und wird zweifellos dazu beitragen, daß die Frauen der Jugendbewegung mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit widmen. Reicher Beifall belohnte die Referentin.

Zur Wahl der neuanzustellenden Parteisekretärin wurden 12 Genossinnen bestimmt.

Wir müssen Feste feiern

Wir Proletarier stehen miteinander im Kampf, weil wir Brüder sind, Brüder von gleichem Schicksal. Wir kennen die Gleichheit unserer sozialen Lage, und die Gleichheit der Gesinnung, die daraus entspringt, führt uns zusammen. Wir treffen uns in Organisationen und Versammlungen, sagen einander du, haben Vertrauen miteinander und — kennen uns doch so wenig. Bei aller Gesinnungsgemeinschaft stehen wir uns menschlich doch meist fremd gegenüber, so daß aus dem gemeinsamen Organisiertsein keine echte innige Menschengemeinschaft wird.

Darum müssen wir einander näher treten in unseren menschlichsten Stunden. In festlichen Stunden, in denen Freude unsere Zungen löst und unsere Herzen erschließt. In Stunden, in denen wir uns, losgelöst von Sachlichkeit und Nüchternheit und Strenge der Organisationsarbeit, menschlich frei geben. Wir müssen Feste miteinander feiern, Feste unserer Gesinnung, erfüllt von einer Gesinnung, die aus unserer Daseinswelt und unserem Denken entspringt.

Zu solchem Fest laden die Genossen des 9. Verwaltungsbezirks (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald) zum Sonntag, den 10. Juli im Grunewald, Franzensbader Garten, ein. Ein Volksfest soll es sein, ein „Volksfest im Grünen“. Genosse Zubeil wird die Festansprache halten. Frühkonzert, Darbietungen des Wilmersdorfer Männerchors, Spiele, ein Kinderfest, Tombola, Tanz und ungenannte Ueberraschungen werden zusammen, umwoben vom Kranz natürlichen Frohsinnes, einen Tag des Festes bilden. Einen Tag des Festes nach den Tagen der Tat und des Schaffens. Die Teilnehmerkarte für den ganzen Tag soll an der Kasse 2 M., im Vorverkauf 1,50 M. kosten. Anfragen beantwortet der Genosse G. Hetz, Berlin-Wilmersdorf, Augustastr. 21.

Freudig begrüßen wir das Unternehmen. Wir wünschen den Veranstaltern Glück und übernehmen es gern, alle Genossen und Freunde unserer Partei zum „Volksfest im Grünen“ einzuladen.

Die Berliner Schuldirektoren-Wahlen

Der zur Vorbereitung der Berliner Direktorenwahlen eingesetzte Ausschuß, bestehend aus dem Oberstadtschulrat Paulsen, dem Stadtverordneten Dr. Weyl, den Stadträten Rosenow, Goß und Ferber, dem Stadtverordneten Koch und dem Bezirksverordneten Dr. Witte, hat sich in einer Reihe von Sitzungen mit der Besetzung der Berliner Direktorenposten beschäftigt. Die zur engeren Wahl gekommenen Bewerber mußten vor dem Ausschuß einen Vortrag halten und dann eine Reihe an sie gestellter Fragen beantworten. Den Vorschlägen des Ausschusses für die Besetzung von acht Direktorenstellen ist die Deputation für die äußeren Angelegenheiten der höheren Schulen von Alt-Berlin in einer am letzten Sonnabend abgehaltenen Sitzung beigetreten. Das Direktorat des Gymnasiums zum Grauen Kloster wurde auf den einstimmigen Beschluß des Ausschusses dem früheren Stadtschulrat Dr. Reimann angeboten, der die Berufung angenommen hat. Die Luisenstädtische Oberrealschule und die Hecker-Realschule werden vom Fürsorgeamt besetzt werden. Für das Friedrich-Gymnasium und das Köllnische Gymnasium sollen erst nach den großen Ferien Direktoren gewählt werden.

Aus der Taubstummen-Bewegung

In Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen und rechtlosen Lage der Taubstummen hielt es die Bezirksleitung des Taubstummen Parteibundes für angebracht, eine öffentliche Versammlung nach den „Musiker-Sälen“ einzuberufen. Hierzu waren alle Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Reichs- und Stadtverordnete sowie die Lehrerschaft und der Elternrat der Taubstummen-Anstalten eingeladen worden.

Der Bezirksobmann behandelte in längeren Ausführungen die Schulreform, das Lehrlingswesen und die Forderungen der Taubstummen. Die Schulreform in Taubstummen-Anstalten nahm einen breiten Raum ein. An der bisherigen Unterrichtsmethode wurde scharfe Kritik geübt. Der Kampf des Parteibundes wird nicht aufhören, bis die Forderungen erfüllt sind. Manche Erfolge wären längst erreicht, wenn nicht der im reaktionären Fahrwasser segelnde Taubstummen-Reichsverband die Arbeiten des Bundes durchkreuzt hätte. Gegen das noch heute bestehende Lehrlingsausbeutungswesen ging er zur Sicherung der Zukunft unserer jungen Schicksalsgenossen scharf vor und erklärte, daß man die Augen besonders auf das Lehrlingswesen richten müsse. Die staatlichen Prämien, die den Lehrherren für Ausbildung Taubstummer zufallen, müssen abgeschafft werden, denn bei hörenden Meistern lernen die Taubstummen fast gar nichts. Mit dem alten Vorurteil, das die Taubstummen immer zurücksetzt und sie auf Milde und Nachsicht angewiesen sein läßt, muß gebrochen werden. Die Taubstummen müssen als gleichberechtigte Glieder der menschlichen Gesellschaft anerkannt werden.

Reichstagsabgeordneter Gen. **Künstler** (U. S. P. D.) führt aus: Die Taubstummen-Bewegung zeige ihm an der Hand von Tatsachen, wie schwer aber ehrlich und kampffreudig die Taubstummen um ihr Los kämpfen. Wo es möglich ist, wolle die U. S. P. D. die Interessen der Taubstummen im Reichstage aufs wärmste vertreten. Gleichberechtigung der Taubstummen muß auf allen Gebieten anerkannt werden.

In der Diskussion wurde die von dem Referenten gemachten Ausführungen durch Mitglieder des Taubstummenbundes unterstrichen. Vertreter der S. P. D. sowie der V. K. P. D. versprachen, die Forderungen der Taubstummen zu unterstützen.

Erster deutscher Gesundheitsfürsorgetag

Am 25. Juni findet in Berlin der 1. deutsche Gesundheitsfürsorgetag statt. Referate von Prof. Grotjahn, Prof. Krautwig, Dr. Pfeiffer, Stadtrat Silberstein sind vorgesehen. Die Tagung wird sich mit der Schaffung und dem Ausbau von Gesundheitsämtern befassen, einer Forderung, die Genosse Dr. Moses kürzlich in einer Reichstagsrede begründet hat. Es ist auch ein wesentlicher Einfluß der Tagung auf das Jugendwohlfahrtsgesetz zu erwarten, das zurzeit dem Reichstag vorliegt. Wir werden über den Verlauf der Tagung einen Bericht bringen.

Unsittliches aus dem Berliner Westen

Die Geheimnisse der Internationalen Künstlergesellschaft in Dahlem beschäftigten die 4. Strafkammer des Landgerichts III. Der wegen Anstiftung zur Kuppelei, Verführung einer Minderjährigen und Blutschande angeklagte ehemalige Landwirt Georg Ahrens in Dahlem wird von der Anklagebehörde als arger Wüstling angesehen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, da Dinge erörtert werden müssen, die geradezu haarsträubend waren, wenn sie zu erweisen sind.

Der sehr wohlhabende, jetzt 51 Jahre alte Angeklagte ist Landwirt, hat aber seit 20 Jahren diesen Beruf praktisch nicht mehr ausgeübt, sondern hat sich „künstlerischen Studien“ zugewendet, insbesondere der Bildhauerei. Er trennte sich, um in dieser künstlerischen Tätigkeit nicht gestört zu werden, von seiner Frau und seinen Kindern und lebte seit langer Zeit in Berlin, wo er ein ehebrecherisches Verhältnis mit seiner bis zu seiner Verhaftung bei ihm tätig gewesenen Wirtschafterin unterhielt. Von dieser Wirtschafterin wird er als Vater des von ihr geborenen Kindes bezeichnet; er hat auch fortdauernd die Alimente für dasselbe bezahlt. Seine Ehe ist aus diesem Grunde auch geschieden worden. Er ist schließlich nach Dahlem verzogen und hatte in dem Hause Fontanestr. 14 die zweite Etage gemietet. Dort begründete er die „Internationale Künstlergesellschaft“, zu deren „Direktor“ er sich ernannte. Zweck und Ziele dieser Gründung sind recht dunkel; die Anklagebehörde nimmt an, daß diese Bezeichnung nur gewählt sei, um einen Deckmantel für das von dem Angeklagten in diesen Räumen in großem Umfange betätigte unsittliche Treiben zu bilden.

Der Angeklagte soll sich eine Art Harem eingerichtet haben, den er in reicher Abwechselung immer mit neuen jungen Mädchen bevölkert haben soll. Diese soll er unter dem Vorgeben, daß sie als „Modelle“ sich Geld verdienen könnten, teils von der Straße in sein Atelier gelockt, teils durch zwei von ihm gebrauchte Mädchen aus den Kreisen der jungen Tänzerinnen des Admiralpalastes sich haben zuführen lassen. Zu den Opfern seiner Lüste gehört ein junges Mädchen, das noch unschuldig und noch nicht 16 Jahre alt gewesen sein soll, ferner die obenerwähnte uneheliche Tochter.

Der Angeklagte bestreitet jede strafbare Handlung, so daß ein sehr umfangreicher Zeugenapparat von der Staatsanwaltschaft aufgeboten worden ist. Zu den von dieser geladenen etwa 50 Zeuginnen und Zeugen haben die R.-A. Dr. Frey und Salomon noch 10 Zeugen geladen, so daß die Verhandlung drei volle Sitzungstage ausfüllen wird.

Bestrafte Hilfe bei Unglücksfällen

Bei Straßenunfällen und plötzlichen Erkrankungen sollte es die selbstverständliche Pflicht eines jeden sein, sofort helfend beizuspringen und, falls nötig, ärztliche Hilfe herbeizuholen sowie für ev. Abtransport der Verunglückten oder Erkrankten zu sorgen. Die Stellen, die in erster Linie dazu berufen sind, bei Unglücksfällen helfend einzugreifen, sollten jede Hilfeleistung anerkennen, sollte man annehmen. Leider ist das aber nicht der Fall, sondern es kann vorkommen, daß man für Hilfeleistung noch zahlen soll.

Diese Tatsache hat einer unserer Leser festgestellt, der im Januar die Unfallwache in der Kommandantenstraße davon benachrichtigte, daß ein Mann in schweren Krämpfen auf der Straße liege. Der kranke Mann wurde dann mittels Krankenwagen abtransportiert. Unser Genosse hielt damit die Sache für erledigt. Er war nicht wenig erstaunt, nach einiger Zeit die Aufforderung zur Bezahlung des Krankenwagen zu erhalten, und bald darauf auch den Besuch eines Beamten, der den Betrag einziehen wollte. Er glaubte anfänglich an einen Irrtum und versuchte durch Klarstellung des Falles die Zahlungspflicht abzuwenden. Darauf wurde ihm der Bescheid, daß er zahlen müsse, denn der Besteller des Krankenwagens habe diesen auch zu bezahlen.

Danach ist also kaum anzunehmen, daß es sich um das Versehen eines Beamten handelt, sondern wahrscheinlich, daß solche Bestimmungen vorhanden sind. Es ist dringend notwendig, daß diese unsinnigen Bestimmungen sofort beseitigt werden, sonst könnte es vorkommen, daß notwendige Hilfeleistung unterbleibt, weil jemand fürchtet, die Kosten nicht tragen zu können.

Bei Krankenkassenmitgliedern können die Kosten von der Kasse eingezogen und von Bemittelten können die Kosten erhoben werden, bei Unbemittelten müssen sie von der Stadt getragen werden. Niemals aber darf ein Helfender zur Bezahlung der Kosten herangezogen werden. Dieser selbstverständliche Grundsatz muß auch für die Berliner Rettungswachen gelten.

Es wird notwendig sein, alle Vorschriften der Rettungswache darauf anzusehen, ob sie den an solche Institute gestellten Anforderungen entsprechen; mußten wir doch erst in der vorigen Woche feststellen, daß eine Rettungswache die Herausgabe von Tragbahren zum Transport Verunglückter verweigerte, weil kein Pfand hinterlegt werden konnte.

Schwindel mit Kriegsblinden-Konzerten betrieb ein 23 Jahre alter Kaufmann Hans Stief, der gestern zum zweiten Male festgenommen wurde. Stief wurde vor acht Tagen schon einmal angehalten, aber wieder entlassen. In einer Druckerei in der Borsig-

---

Nantas

Erzählung von **Emile Zola.**

(Uebersetzt von Hans Jacob)

(6. Fortsetzung)

Und da er sich noch immer nicht erhob, wollte sie gehen. Er aber, von Sinnen, sprang auf und packte sie in wahnsinniger Wut an den Knöcheln. Die ganze Welt lag ihm zu Füßen, und seine Frau wagte es, ihm zu trotzen. Staaten konnte er stürzen, Frankreich nach Belieben gängeln, und er sollte die Liebe seiner Frau nicht erringen können! Er, der so stark, so mächtig war, er, dessen kleinsten Wünsche Befehle waren, er hatte nur noch einen Wunsch, und dieser Wunsch sollte sich niemals erfüllen, weil ein Geschöpf, schwach wie ein Kind, ihm widerstand! Er preßte ihre Arme, er sagte mit rauher Stimme:

„Ich will es . . ., ich will es . . .“

„Und ich will nicht“, sagte Flavie, ganz weiß und willensstarr.

Der Kampf ging weiter. Da öffnete Baron Danvillier die Tür. Nantas ließ Flavie los, als er ihn sah, und rief:

„Mein Herr, Ihre Tochter kommt gerade von ihrem Liebhaber . . . Sagen Sie ihr doch, daß eine Frau den Namen ihres Mannes hochhalten muß, auch wenn sie ihn nicht liebt und ihre eigene Auffassung von Ehre vergessen hat.“

Der sehr gealterte Baron blieb vor dieser heftigen Szene auf der Schwelle stehen. Für ihn war es eine schmerzliche Ueberraschung. Er hatte diese Ehe trotz der zeremoniellen äußeren Formen der Gatten untereinander für glücklich gehalten. Sein Schwiegersohn und er gehörten verschiedenen Generationen an; und wenn er auch von der wenig gewissenhaften Geschäftstätigkeit des Finanzmannes verletzt war und manche Unternehmungen verurteilte, so hatte er doch die Kraft seines Willens und seiner lebendigen Intelligenz anerkennen müssen. Und nun kam er in dieses unerwartete Drama hinein. Als Nantas Flavie beschuldigte, sie hätte einen Geliebten, trat der Baron, der seine verheiratete Tochter noch immer so streng wie einst, da sie zehn Jahre alt war, behandelte, feierlich einige Schritte näher.

„Ich schwöre Ihnen, sie kommt von ihrem Geliebten“, wiederholte Nantas, „und Sie sehen, sie trotzt mir.“

Voll Verachtung hatte Flavie den Kopf abgewendet. Sie brache ihre Manschetten, die die Heftigkeit ihres Mannes zerknittert hatten, wieder in Ordnung. Nicht eine Spur von Röte stieg ihr ins Gesicht.

Dennoch sagte ihr Vater:

„Meine Tochter, warum verteidigst du dich nicht? Sollte dein Mann die Wahrheit gesagt haben? Tust du meinem Alter auch noch diesen letzten Schmerz an? Deine Schmach ist auch meine Schmach, denn in einer Familie genügt das Vergehen eines einzigen Gliedes, alle anderen Glieder zu beflecken.“

Da machte sie eine ungeduldige Bewegung. Ihr Vater nahm ihr die Zeit weg, um sie anzuklagen! Noch einen Augenblick ertrug sie sein Verhör, weil sie ihm die Schande einer Erklärung ersparen wollte.

Als er aber immer heftiger wurde, da sie aufreizend stumm blieb, sagte sie endlich:

„Ach Vater, lassen Sie diesen Mann seine Rolle spielen . . . Sie kennen ihn nicht. Zwingen Sie mich nicht, zu sagen, was ich weiß.“

„Er ist dein Mann“, erwiderte der alte Herr.

„Er ist der Vater deines Kindes“; Flavie richtete sich bebend höher auf.

„Nein, nein, er ist nicht der Vater meines Kindes. Endlich sollen Sie alles erfahren. Dieser Mann ist nicht einmal ein Verführer. Hätte er mich wenigstens geliebt, dann könnte man ihn entschuldigen. Dieser Mann hat sich einfach verkauft, er hat eingewilligt, das Vergehen eines anderen zu decken.“

Der Baron wendete sich zu Nantas, der erbleichend zurückwich.

„Hören Sie mich an, Vater“, fuhr Flavie mit erhobener Stimme fort. „Er hat sich verkauft, für Geld verkauft . . . Ich habe ihn niemals geliebt, er hat mich nie auch nur mit der Spitze seines Fingers berührt. Ich wollte Ihnen einen großen Schmerz ersparen, ich habe ihn gekauft, damit er Sie belüge . . . Sehen Sie ihn an, sehen Sie, ob ich die Wahrheit spreche.“

Nantas verbarg sein Gesicht in den Händen.

„Und jetzt“, fuhr die junge Frau fort, „jetzt will er, daß ich ihn liebe . . . Er hat vor mir gekniet und hat geweint. Irgendeine Komödie natürlich. Verzeihen Sie mir, daß ich Sie betrogen habe, Vater, aber wirklich, gehöre ich diesem Manne? . . . Jetzt, da Sie alles wissen, führen Sie mich fort. Er hat mir soeben Gewalt angetan, keine Minute länger bleibe ich hier.“

Der Baron hob seinen gesenkten Kopf und bot schweigend seiner Tochter den Arm. Und sie gingen durch das Zimmer, ohne daß Nantas den Versuch machte, sie zurückzuhalten. Dann, an der Türe schon, sagte der alte Herr nur noch:

„Leben Sie wohl, mein Herr.“

Die Tür hatte sich geschlossen. Nantas blieb niedergeschmettert allein und betrachtete wie irr die Leere um sich her. Als Germain eintrat und einen Brief auf den Schreibtisch legte, öffnete er ihn mechanisch und überflog ihn mit den Augen. Dieser Brief, ein Handschreiben des Kaisers, ernannte ihn in sehr schmeichelhaften Ausdrücken zum Finanzminister. Er begriff es kaum. Die Verwirklichung seiner ehrgeizigen Träume ließ ihn kalt. In den nahen Kassenräumen wurde der Klang des Goldes lauter, es war die Stunde, in der das Haus Nantas am heißesten arbeitete. Und er, inmitten dieser kolossalen Arbeit, die sein Werk war, auf dem Höhepunkt seiner Macht, die Augen starr auf die Handschrift des Kaisers geheftet, stieß die kindliche Klage aus, die die Verneinung seines ganzen Lebens war:

„Ich bin nicht glücklich . . . Ich bin nicht glücklich!“

Den Kopf auf seinem Schreibtisch, weinte er, und seine heißen Tränen verwischten den Brief, der ihn zum Minister machte.

IV.

Seit achtzehn Monaten war Nantas Finanzminister. Er schien seinen Schmerz durch übermenschliche Arbeit betäuben zu wollen. Am Morgen nach jener heftigen Szene hatte er mit dem Baron Danvilliers in seinem Arbeitszimmer eine Zusammenkunft gehabt, und auf den Rat ihres Vaters hatte Flavie eingewilligt, ins eheliche Heim zurückzukehren. Aber die Gatten sprachen nur noch in der Komödie, die sie vor der Welt spielten, miteinander. Nantas beschloß, in seinem Palais zu bleiben. Abends berief er seine Sekretäre und arbeitete zu Hause.

In dieser Zeit vollbrachte er die größten Dinge. Eine Stimme hauchte ihm hohe und fruchtbare Gedanken ein. Wo er ging, erhob sich ein Gemurmel der Anerkennung und Bewunderung. Er aber blieb unempfindlich gegen jedes Lob. Es war, als arbeitete er ohne Hoffnung auf Lohn in der Absicht, Werke zu vollbringen, deren einziger Zweck war, Unmögliches zu versuchen. Bei jedem Schritt empor blickte er Flavie prüfend ins Gesicht. War sie endlich gerührt? Vergab sie ihm seine ehrlose Handlung von einst, um nur noch die Entwicklung seines Geistes zu beachten? Aber niemals bemerkte er irgendeine Erregung in dem stummen Gesichte dieser Frau, und er sagte sich, als er sich wieder an seine Arbeit setzte: Noch immer bin ich nicht hoch genug für sie gestiegen, ich muß noch höher steigen, immer höher.“ Wie er sich den Reichtum erzwungen hatte, wollte er auch das Glück zwingen. Sein ganzer Glaube an die Kraft kehrte wieder, keinen anderen Hebel ließ er in der Welt gelten, denn der Wille des Lebens hatte die Menschheit erschaffen. Ueberfiel ihn zuweilen eine Entmutigung, so schloß er sich ein, damit niemand seine Schwäche sehe. Nur seine eingesunkenen Augen, in denen eine verzehrende Flamme brannte, mit den tiefen Schatten darunter, verrieten seine Kämpfe.

(Fortsetzung folgt.)

straße ließ er sich gleich wieder Eintrittskarten für ein Kriegsblinden-Konzert herstellen, das angeblich am 26. Juni in der Philharmonie stattfinden sollte. In Militärmantel und -mütze und mit einer blauen Brille ausgestattet, verkaufte er diese Karten für 3—4 Mark das Stück. Gestern versuchte er den Absatz auch bei den Angestellten einer hiesigen Bank. Ein Kassierer der Bank jedoch war mißtrauisch und verlangte von ihm einen Ausweis. Stief konnte nichts vorzeigen als ein Schriftstück, das er selbst hergestellt hatte, das aber weder Stempel noch Datum trug. Der Kassierer ließ ihn deshalb festnehmen, und die Kriminalpolizei brachte jetzt den Schwindler nach Moabit. Sie fand bei ihm noch 94 Eintrittskarten.

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postabonnenten zu vermeiden, machen wir darauf aufmerksam, daß das Abonnement für den Monat Juli tunlichst bis zum 25. Juni bei der zuständigen Postanstalt bestellt werden muß.

Die „Freiheit“, Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, kostet pro Monat 10 Mark bei freier Zustellung ins Haus.

Der Verlag.

Tod eines Doppelmörders

Wegen Doppelmordes wurde am Mittwoch voriger Woche von der hiesigen Kriminalpolizei der seit zwei Jahren gesuchte 31 Jahre alte Feldwebel Rudolf Wessel ermittelt und festgenommen. Wessel erschoß in St. Avold einen Mann namens Weber, den Ehemann seiner Geliebten, um die Geliebte heiraten zu können, nachdem er seine Frau in der Oder ertränkt hatte. Festgenommen, erlangte er zweimal die Freiheit wieder. Auch seine Akten verschwanden. Der Verfolgte wurde bei einem Fluchtversuch durch einen Schuß so schwer verletzt, daß er jetzt in der Charité gestorben ist. Bei dem Verhafteten hatte man Zeugnisse von Führern verschiedener Truppenteile gefunden, nach denen Wessel diesen unter seinem richtigen Namen nach den Mordtaten als Feldwebel und Oberfeldwebel angehört hatte. In seiner Stube in der Kaserne fanden nun die Kriminalbeamten über 100 Stempel und Blankoformulare von allen möglichen militärischen Bureaus, Abwickelungsstellen des früheren Heeres und auch der Reichswehr, Formulare für Zeugnisse, militärische Mitteilungen, Urlaubsscheine, Pässe, Zivilversorgungsscheine für Unterbeamte, Soldbücher usw., alles mit den zugehörigen Stempeln der betreffenden militärischen Dienststellen. Auch eine Militärkassette fand man unter dem Bett, dazu alle möglichen Gegenstände aus Kriegsbureaus, endlich auch noch Sparkassenbücher, Zarenrubel und 130 000 Mark deutsches Geld in Tausend- und Hundertmarkscheinen.

Verschickung der Kinder nach Norwegen. Morgen, Donnerstag, den 23. Juni, früh 8 Uhr, geht der Kinderzug nach Norwegen vom Stettiner Bahnhof ab. Die Kinder müssen pünktlich an Ort und Stelle sein. Jedes Kind muß seine Kleidung im Karton gut verschnürt und mit Adresse mitbringen. Mundvorrat für 2 Tage ist den Kindern mitzugeben. Die Eltern werden aufgefordert, die Kinder warm anzuziehen. Ferner ist den Anordnungen der Begleitpersonen Folge zu leisten. Reichsausschuß zur Verschickung der Arbeiterkinder. J. A.: Demning.

* **Das Bezirksamt Wedding** hat vom 15. Juni d. Js. ab die Geschäfte der Grundeigentumsverwaltung übernommen. Die Geschäftsräume befinden sich im Ledigenheim, am Brunnenplatz, 4. Stockwerk. Telephon: Moabit 8125 und 228.

Die Futtermittelverteilungsstelle der Stadt Berlin verlegt am 24. und 25. Juni d. J. ihre im Hause Molkenmarkt 9-10 belegenen Bureauräume nach der Neuen Friedrichstr. 79-80 im vierten Stock. Die bisherigen Geschäftsräume bleiben daher an den genannten beiden Tagen für den amtlichen Verkehr geschlossen. Der neue Amtssitz ist an die Fernsprechleitungen Alexander Nummer 3721—3722, 3725—3726 und 3737—3738 und Königstadt Nr. 6095—6096 angeschlossen.

Vorsicht bei Postsendungen nach Oberschlesien! Nach einer dem Reichspostministerium zugegangenen Nachricht wird der Inhalt der Postsäcke, die in begrenzter Anzahl in das Aufstandsgebiet Oberschlesiens befördert werden, von den Aufrührern regelmäßig geprüft und zensuriert.

Gestohlene Kirchengeräte fand die Kriminalpolizei in der Behausung eines Einbrechers namens Engelhardt, der in der Provinz festgenommen worden ist. Es handelt sich um zum Teil vergoldete Leuchter und Kelche, Hostienteller usw., die alle zerschlagen sind. Die Geräte stammen wahrscheinlich aus einer kleinen katholischen Kirche. Wer über ihre Herkunft Auskunft geben kann, wolle sich im Zimmer 51a des Berliner Polizeipräsidiums melden. Im Zimmer 79 liegen für den unbekannten bestohlenen Eigentümer Wäschestücke aus, die am 15. d. M. einem Mann in der Koppenstraße abgenommen wurden. Es sind Taschentücher, Laken, Frauenhemden, Beinkleider und Unterröcke und ein Bettbezug mit den Zeichen K. R., M. R. und T. R.

Im D-Zug bestohlen wurde eine Dame aus Wien, die über München nach Berlin kam. Auf dem Anhalter Bahnhof kam sie um einen Kreuzfuchspelz, der 20 000 Kronen wert ist. Mitteilungen über den Verbleib nimmt Kriminalkommissar Dr. Riemann im Polizeipräsidium entgegen.

Gewerkschaftliches

Das Ueberstundenwesen bei der Eisenbahn

Am 13. Mai stellte der Gen. Künstler im Reichstage an die Reichsregierung eine Anfrage, welche sich mit dem Ueberstundenwesen in der Bahnmeisterei 44 (Karlshorst), sowie mit der wiederholt von Arbeitern geleisteten und nicht durch Arbeitsruhe an einem der nächsten Tage ausgeglichenen 7. Schicht befaßte.

Endlich ist nach einem Monat unter dem 15. Juni eine schriftliche Antwort ergangen. Es wird darin zunächst bemerkt, die Leistung von Ueberstunden beruhe auf einem Erlaß des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 24. März 1919. Voraussetzung für die Leistung von Ueberstunden ist, daß es sich um außerplanmäßige Dienste handelt, deren Uebernahme die Beteiligten freiwillig begehren. Er beruft sich auch auf die später abgeschlossenen Lohntarifverträge, in denen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden und die wöchentlich zu leistende Arbeitszeit auf 48 Stunden festgesetzt wurde, ferner, daß Ueberstunden ausdrücklich zugelassen und besondere Vergütungen hierfür vereinbart worden sind. Zum Schluß der sehr gewundenen Antwort wird wörtlich bemerkt: **„Allerdings sind auch gelegentlich Ueberstunden wegen Arbeitermangels geleistet worden, um eine Vermehrung des Personals zu vermeiden.** Solche Ueberstunden, die übrigens mit Zustimmung des beteiligten Personals eingeführt wurden, sind aber in letzter Zeit auf Anregung der Arbeitervertretung nicht mehr vorgekommen, so daß sich die Ueberstundenleistung auf dringende Ausnahmen beschränkt, in denen geeignete Vertretung nicht vorhanden ist oder nicht rechtzeitig gestellt werden kann.“

Auf Grund dieser Antwort werden die Betriebsräte in den Eisenbahnwerkstätten zu prüfen haben, ob die Eigenart des Eisenbahnbetriebes die Ueberstunden unbedingt erforderlich macht. Mit Rücksicht auf das große Heer der Arbeitslosen haben die Betriebsräte unbedingt dahin zu wirken, daß bei einer Anhäufung von Arbeit Wechselschichten eingeführt werden. Es kann nicht angehen, daß in Betrieben wie in der Bahnmeisterei 44 51 Arbeiter im Jahre 1920 6022 Ueberstunden leisten. Organisierte Arbeiter und Funktionäre dürfen sich niemals dazu mißbrauchen lassen, Ueberstundenarbeit zu leisten, während Tausende von Klassengenossen seit Wochen und Monaten der Not und dem Elend ausgesetzt sind.

Auch das Reichsverkehrsministerium und seine ihm unterstellten Eisenbahndirektionen haben alles zu tun, um bei der Menge reparaturbedürftiger **Güter- und Personenwagen,** sowie Lokomotiven in den Staatswerkstätten Doppelschichten einzuführen, damit endlich das rollende Wagenmaterial in brauchbarem Zustand hergestellt wird. Es zeigt eine gewisse Kurzsichtigkeit, wenn z. B. die Eisenbahndirektion Berlin der Firma Orenstein u. Koppel in Spandau, die schon während des Krieges reparaturbedürftige Personen- und Güterwagen in vollwertigem Zustand wiederherstellte, jetzt die Aufträge entzieht. Dadurch verlieren 400 bis 500 Arbeiter ihre Beschäftigung und vergrößern somit das Heer der Arbeitslosen. Jedem Kenner unseres staatlichen Eisenbahnwesens ist bekannt, daß das durch den Krieg und andere Ursachen heruntergewirtschaftete Wagenmaterial, namentlich in bezug auf die Personenwagen, erst zu einem ganz geringen Prozentsatz wiederhergestellt ist. Die technischen Einrichtungen unserer Staatswerkstätten reichen bei weitem nicht aus, um all diese Reparaturen in verhältnismäßig kurzer Zeit ausführen zu können. Somit sind die Eisenbahndirektionen gezwungen, die Aufträge auch an Privatfirmen zu vergeben. Nach Mitteilung des Betriebsrates der Firma Orenstein u. Koppel, sowie der Verwaltungsstelle Spandau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes würden 30 reparaturbedürftige Personenwagen genügen, um die 500 Arbeiter in einer Uebergangszeit beschäftigen zu können, bis sich die Firma auf andere Arbeiten eingestellt hat. Aus diesem Grunde stellte der Gen. Künstler am 20. Juni an das Reichsverkehrsministerium folgende Anfrage:

1. Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse der Arbeiterschaft und angesichts des großen Heeres der Erwerbslosen alles zu unternehmen, damit ein weiteres Anschwellen der Arbeitslosenzahl verhindert wird?
2. Ist der Reichsverkehrsminister, falls sich die Wiederherstellung von Fahrzeugen in Privatwerken als unwirtschaftlich erweist, bereit, die von den Privatwerken zur Entlassung kommenden Arbeiter in den Eisenbahnwerken einzustellen?
3. Ist der Reichsverkehrsminister bereit, zu diesem Zweck Wechselschichten zur Behebung der Arbeitslosigkeit einzuführen?

Partei- u. Gewerkschaftsfunktionäre der USPD.

Mittwoch, den 22. Juni, abends 7 Uhr, im Großen Saal der Neuen Welt, Hasenheide, **Konferenz sämtlicher USPD.-Gewerkschaftsfunktionäre** (Vertrauensleute, Mitglieder der Kommissionen und Branchen sowie Betriebsräte) und **Parteifunktionäre** (Gruppen-, Abteilungs- und Distriktsleiter usw. Referat des Reichstagsabgeordn. Genossen **Wilhelm Dittmann** über:

Die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse

Als Legitimation gilt Partei- und Gewerkschaftsfunktionär-Ausweis und Parteimitgliedsbuch

USPD. Bezirksverband Berlin-Brandenburg

„Sittliche Erwägungen“ — der Banken

Die Bankangestellten befinden sich vor der Verlängerung des Reichstarifes resp. vor dessen Ablauf und Ende. Obwohl der Reichstarif viel zu wünschen übrig ließ, stehen die Bankangestellten schon aus prinzipiellen Gründen zu ihrem kollektiven Arbeitsvertrag, der Geltung für das ganze Deutsche Reich besitzt. Der Tarif sichert den Angestellten ihre wirtschaftliche, wenn auch primitive Sicherheit und schützt sie vor der — individuellen Bewertung ihres Arbeitgebers. Die Bankmagnaten aber laufen gegen den Tarifvertrag Sturm und begründen in einem Schreiben, das an das Reichsarbeitsministerium zu Händen des Herrn Geheimrat Dr. Sitzler am 8. Juni gerichtet wurde, ihren Standpunkt. In einer ellenlangen Begründung erklären sie, die prinzipiellen Ansichten der Bankleitungen, die von anderer Seite kolportiert werden, wären falsch, und es liege ihnen daran, den Herren Schiedsrichtern vor den Verhandlungen ihren Standpunkt darzulegen.

Zunächst erklären sie, den Wirtschaftsfrieden im Bankgewerbe aufrechterhalten zu wollen, und teilen mit, daß „jede Veränderung zuungunsten unserer Ansichten“ für sie unannehmbar wäre. Sie erklären sich auch bereit, falls keine sachliche Veränderungen an dem Tarif vorgenommen werden, zunächst sich an den Tarif zu halten. Sie bitten ausdrücklich, zur Kenntnis zu bringen, daß ihre Motive „nicht auf einseitigen Arbeitgeberinteressen“, sondern „auf allgemeinen sittlichen und wirtschaftlichen Erwägungen beruhen“. Sie teilen weiter mit, daß sie prinzipiell gegen die Normalisierung der Entlöhnung und der Leistungen der Angestellten sind. Die Bankleitungen werden sich niemals dagegen verschließen, das notwendige Existenzminimum den Angestellten zukommen zu lassen. Es gehe aber ihrer Meinung nach nicht an, die „Geschäftsergebnisse mit der Gehaltsfrage zu verquicken“. Die Bankleitungen wünschen nach eigenem Ermessen und eigener Beurteilung und nicht „nach dem Wunsch oder Willen einer Bankangestellten-Organisation“ ihre Angestellten zu honorieren. Sie erklären ferner, daß schon die Beibehaltung des jetzigen Tarifes eine Erhöhung des Einkommens bedeute, da die Lebensmittelpreise usw. gefallen sind. Sie erbringen eine statistische Aufstellung und erklären, daß die Gehälter der Angestellten das Neun- bis Dreizehnfache der Friedensgehälter betragen, während die durchschnittliche Lebensmittelverteuerung nur auf das Achtfache zu veranschlagen sei! — Die Bankleitungen bestreiten auch den Angestellten, daß ihnen „ein moralisches Recht an diesen Erträgnissen (der Ueberschüsse der Banken) zusteht“. Und sie sind so großzügig, ferner zu erklären, daß der erhöhte Arbeitswille und die gute Arbeitsleistung des einzelnen von vielen Bankleitungen stets anerkannt wurde und sich darin äußerte, daß eine übertarifliche Sondergratifikation den Angestellten zugebilligt wurde.

„Im Interesse der Empfänger sehen wir davon ab, die Zahlen dieser Sondergratifikationen zu nennen, obwohl durch ihre Bekanntgabe die Weitherzigkeit der Bankleitungen am besten gekennzeichnet werden könnte“.

Um weiter zu beweisen, welch großes Herz das Bankkapital für ihre Angestellten aufbringt, verweisen sie auf ihre philantropischen Leistungen, ihre Zuwendungen an die verschiedenen Fonds. Zum Schluß wird gesagt, daß keinerlei Anlaß vorliege, „die Bankleitungen auf ihre sozialen Pflichten hinzuweisen“. Und sie verlangen daher nicht nur, daß ihre Wünsche berücksichtigt werden, sondern daß auch die volle 48stündige Arbeitszeit eingehalten wird und der Wegfall der Bankfeiertage zur Durchführung gelangt.

Das Schreiben des Reichsverbandes der Bankleitungen wird assistiert von einer Zustimmung, die sich in einem Schreiben des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der **Vereinigung der kleinen Privatbanken, äußert.** Beide Vereinigungen gehen konform in ihrer Auffassung, den kollektiven Arbeitsvertrag zugunsten des individuellen Uebereinkommens zu bekämpfen und die ehemaligen patriarchalischen Verhältnisse im Bankgewerbe wieder einzuführen.

Lustig ist es noch, zu hören, wie die Banken für das Wohl ihrer Angestellten zu sorgen sich bemühen. Außerordentliche Reserveposten wurden aufgespeichert, um „durch Ausbau ihrer Gebäude dem Baumarkte Leben zuzuführen und um gleichzeitig dadurch neueintretenden Angestellten Arbeitsgelegenheit und Lebensberuf zu verschaffen“. Die großen Banken wissen nämlich gar nicht, wo sie mit ihren riesigen angesammelten Kapitalien hinsollen, und um diese dem Steuerzugriff der Finanzbehörden zu entziehen, kaufen sie alle möglichen Hotels und sonstigen Gebäude auf, vergrößern ihre Anlagen und bringen so ihre Kapitalien glänzend unter.

Die nächsten Tage werden uns nun zeigen, ob die Kulissenpolitik der Bankmagnaten bei der Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums entscheidend sein wird oder ob das Prinzip der kollektiven Arbeitsverträge zugunsten der Unternehmerinteressen des Bankkapitals durchbrochen wird. Aufgabe der Angestellten im Bankwesen muß es sein, sich restlos ihrem zuständigen Verband, in diesem Falle dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten, anzuschließen, um den Unternehmern zu zeigen, daß sie auf Granit beißen werden, wenn es sie gelüsten sollte, die Arbeitsverhältnisse der Angestelltenschaft verschlechtern zu wollen.

USPD. Eisenbahner

Am Donnerstag, dem 23. Juni, abends 7 Uhr, Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, wichtige Besprechung aller im D. E. V. organisierten U. S. P.-Genossen. Partei- und Gewerkschaftsausweis ist mitzubringen.

Bez.-Verb. Berlin-Brandenburg U. S. P. D.
J. A.: A. Holz.

Gesammelte Unterstützungsgelder. Von den Angestellten und Arbeitern der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend sind vom 1. 12. 20 bis 15. 6. 21 44 743,50 M. an die Unterstützungskommission der Groß-Berliner Arbeiterschaft abgeliefert worden. Diese Gelder sind von den Genossen der V. K. P. D. und U. S. P. D. gesammelt.

Warnung! Der Bund der freien Gewerkschaften Westpolens warnt vor dem Landarbeiter Albert Gehrtz aus Pensau bei Thorn, der in Westpolen den Posten eines Zahlstellen-Vertrauensmannes bekleidet hat und sich jetzt im Hauptlager Zeithain bei Riesa befindet. Gehrtz hat Landarbeitern Geld abgeschwindelt unter dem Vorgeben, er könne ihnen Kleider und Wäsche (die in Westpolen sehr teuer sind) verschaffen. Einer Witwe mit drei Kindern entlockte er 300 M. Soweit sich übersehen läßt, hat er auf diese Weise ungefähr 15 000 M. zusammengebracht. Es soll schon ein Auslieferungsantrag an die deutsche Regierung gestellt worden sein.

Arbeitersport

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 22. Juni, abends ½8 Uhr, Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 16, Monatsversammlung. Vortrag von Frau Maria Kirsche: „Sozialismus und Geschlechtsleben“. Gäste willkommen.

Proletarischer Sprechchor. Genossen und Genossinnen des Chors, die gewillt sind, an einer Darstellung des Chorwerkes „Der Tag des Proletariats“, die anläßlich der Sonnenwendfeier des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“ geplant ist, helfend mitzuwirken, werden gebeten, sich am Donnerstag, den 23. Juni, im Heim Moabit, Salzufer 5, einzufinden oder sich umgehend mit Hermann Leupold, Charlottenburg, Cauerstr. 29, in Verbindung zu setzen.

Arbeiter-Wasser-Sport-Verband. Sämtliche Anfragen betreffs Agitation für Provinz Brandenburg und Pommern sind zu richten an Ernst Müller, Berlin SO. 33, Pücklerstr. 38.

Jugendbewegung

Donnerstag, 23. Juni

S. P. J. Baumschulenweg. Abends 7 Uhr im Jugendheim, Ernststr. 16, Vortrag des Jugendgenossen Schwarz-Berlin: Was will die Sozialistische Proletarierjugend?

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Verbands-Generalversammlung am Sonntag, den 26. Juni, vorm. 9½ Uhr, in der Brauerei Königstadt, Berlin, Schönhauser Allee 10.

Tagesordnung: 1. Erledigung der zurückgestellten Anträge.
2. Vortrag über die politische Lage und die Aufgaben der U. S. P. D. (Referenten: Genosse **Crispien** und **Dr. Breitscheid**.
3. Diskussion.

Zum Erscheinen verpflichtet sind die Delegierten, die Mitglieder des Zentralvorstandes sowie die in Berlin-Brandenburg gewählten Landtags- und Reichstagsabgeordneten.

3. Verwaltungsbezirk, 8. (17.) Distrikt, 1. Abteilung. Funktionärausweise sind sofort bei P. Kroll, Utrechter Str. 21, abzuholen. Ohne diese kein Zutritt zu der am 22. Juni in der „Neuen Welt“ stattfindenden Funktionärversammlung.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz). Der Frauen- und Kinderausflug nach dem Grunewald wird wegen der nassen Witterung auf einen späteren Termin, der noch mitgeteilt wird, verschoben.

Mittwoch, 22. Juni

5. Verwaltungsbezirk (17. Distrikt). Abends 7 Uhr Elternversammlung in der 247. Gemeindeschule, Rigaer Str. 82. Tagesordnung: Schulprogramm des Oberbezirksschulrats Paulsen.

11. **Verwaltungsbezirk** (Schöneberg-Friedenau). Ab 7 Uhr Plakate abholen bei Palm, Rohbach-, Ecke Cherusker Straße. Kein Bezirk darf fehlen.

19. **Verwaltungsbezirk (Abteilung Niederschönhausen).** Kinderausflug nach Schönholz. Treffpunkt 3 Uhr am Rathaus, Blücherstraße. Rege Beteiligung erwünscht. — Kinder, die an den Ferienausflügen teilnehmen wollen, melden sich bei Genossin Gans, Uhlandstr. 43, und bei Genossin Bluck, Treskowstr. 56. — Kinder, die bei der Reigenaufführung zum Sommerfest am 16. Juli mitwirken wollen, melden sich bei Genossin Bluck, Treskowstr. 56.

Neukölln. Oeffentliche Mieterversammlung des Mieterbundes in den Hohenstaufen-Festsälen, Kottbuser Damm 76. Tagesordnung: Wohnungsnot und Reichsmietengesetz; 2. Diskussion. Mieter, erscheint in Massen!

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr Sitzung der Frauen- und Kinderschutzkommission im Volkshaus.

Vereinskalender

Mittwoch, 22. Juni

Neukölln. Abends 7 Uhr in den Hohenstaufensälen, Kottbuser Damm 76, öffentliche Mieterversammlung. Thema: Wohnungsnot und Reichsmietengesetz.

Schwimmklub Neptun 1904, Lichtenberg. Abends 8 Uhr bei Moseke außerordentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Abstimmung über den Anschluß an den Arb.-Turn- u. Sport-Bund. 2. Unser Schwimmfest am 10. Juli.

Freitag 24. Juni

Verband Deutscher Händler und selb. Gewerbetreibender, Gau 1 (Brandenburg). Vorm. 10 Uhr Gautag im Elisabeth-Garten, NO. 18, Elisabethstr. 30. — **Fachgruppe Textil.** Abends 7 Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Versammlung.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Gruppe Gemeindegärtnerei. Abends 7 Uhr in Schulz' Festsälen, Berlin, Am Königsgraben 2, Branchenversammlung für Groß-Berlin. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Zentralverband der Glaser, Zahlstelle Berlin. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Die Ortsverwaltung.

Geschäftliches

Das heute veröffentlichte Ausverkaufsangebot der Kleiderwerke Baer Sohn, alleinige Verkaufsstelle in der Chausseestr. 29/30, bei Gültigkeit bis Sonnabend, den 25. Juni. Die zum Ausverkauf gelangenden Waren sind nach Gattung und Beschaffenheit sehr gut, die Preise sind aufs äußerste herabgesetzt. Besonders starke Nachfrage war bisher nach Herrenkleidern und Stoffen. Die Firma liefert 3 Meter Stoff zum ganzen Anzug schon von 67,50 M. an.

Beamtenfragen und Mietssteuer

Deutschnationaler Mißtrauensantrag

Wenn Beamtenfragen im Reichstage verhandelt werden, ergibt sich ein allgemeiner Wettlauf der Parteien, bei dem die Deutschnationalen stets an die Spitze zu kommen suchen. Diesem Bestreben ist der Mißtrauensantrag gegen die Regierung zu danken, den sie gestern eingebracht haben. Allerdings erlebten sie die Enttäuschung, daß die Kommunisten ausnahmsweise nicht dafür eintraten. Bei der Beantwortung der Interpellation stellte der Finanzminister Dr. Wirth unter großer Heiterkeit fest, daß die den Antragstellern nahestehenden Vertreter in der früheren Regierung den Beschluß gefaßt haben, gegen den sie sich jetzt wenden. Er und der Minister Giesberts hätten damals einen anderen Standpunkt vertreten. Genosse Breunig geißelte die Heuchelei der bürgerlichen Parteien.

Nach Schluß der Debatte über diese Anträge, die dem Hauptausschuß überwiesen wurden, sprach der Arbeitsminister Dr. Brauns über den Mietssteuergesetzentwurf. Die freie Wirtschaft im Wohnungsbau sei nicht möglich. Sie würde eine Mietsteigerung über die Selbstkosten bringen, würde eine Mietsteigerung über die Selbstkosten bringen, höhere Grundstückspreise bringen, aber keine Neubauten. Es bleibe deshalb kein anderer Weg übrig als die Erhöhung der Mieten in alten Häusern zur Förderung der Neubautätigkeit.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es bei der Debatte über das Reichsmietengesetz zu einer Auseinandersetzung über die Wohnungsfrage. Der Genosse Kuhnt erklärte für unsere Fraktion, daß kein Pfennig Steuer aus dem Einkommen der Arbeiter und Angestellten mehr bewilligt werden würde, bevor nicht die hohen Einkommen der Besitzer an Goldwerten entsprechend belastet worden sind. Er legte die Ursachen des Wohnungselends dar und fand sie mit Recht in der rücksichtslosen kapitalistischen Wirtschaft. Vor den Augen der Abgeordneten entrollte er ein Bild des Wohnungselends, wie es sich da abspielt, wo es die traurigsten Erscheinungen zeitigt: bei der breiten Masse der Arbeiterschaft in den ausgedehnten Industrierevieren, wohin zahlreiche Arbeitskräfte geströmt sind, ohne daß bisher eine Hand sich gerührt hätte zur Befriedigung des daraus entstehenden Bedarfes an Wohnungen. Auch die sechzigtausend polnischen Landarbeiter, die das nationalistische Großgrundbesitzertum ins Land gelockt hat, sind nicht untergebracht. Kuhnt forderte eine durchgreifende Arbeit auf dem Gebiete der Wohnungsversorgung auf Kosten der Kriegs- und Revolutionswucherei.

Auch diesmal war es wieder einem Demokraten vorbehalten, das Niveau zu kennzeichnen, auf dem sich die bürgerliche Steuerpolitik, Sozialpolitik und politische Moral überhaupt bewegt, indem er erklärte, die Arbeiter könnten die höheren Mieten viel leichter zahlen, wenn sie weniger Zigaretten rauchen und weniger Schnäpse trinken würden. Der Schnapskonsum eines Volksvertreters, der sich auf diesem Niveau bewegt, muß in der Tat groß sein. Und dieser Mann — Bahr ist sein unvergeßlicher Name — fungierte als Berichterstatter des Ausschusses. Womit man weiß, wie man die ganze Arbeit der bürgerlichen Mehrheit dieses Ausschusses einzuschätzen hat. Unsere Fraktion hat das Gesetz abgelehnt.

Sitzungsbericht

119. Sitzung, Dienstag, den 21. Juni, 1 Uhr.

Präsident Löbe macht Mitteilung von dem Ableben des Abg. Aderhold (U.-Soz.). Das Haus ehrt das Andenken durch Erheben von den Plätzen. Der Präsident fährt fort: Soeben erfahren wir von einem schweren Grubenunglück auf der Zeche Mont-Cenis bei Herne, bei dem 78 Bergleute ihren Tod gefunden haben. Wir sprechen schon jetzt den Angehörigen der Verunglückten unser herzlichstes Beileid aus und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Befürchtungen, über eine weitere Ausdehnung des Unglücks, nicht zutreffen werden. Der Präsident teilt ferner mit, vom Reichsminister des Innern sei ein Antrag auf Genehmigung zur

Strafverfolgung des Abg. van der Kerkhoff

wegen Steuerhinterziehung eingegangen.

Abg. **Schultz-Bromberg** (Dtl.): Wir beantragen, dem Antrage stattzugeben und die Immunität aufzuheben, denn über diese Angelegenheit ist hier schon so eingehend gesprochen worden, daß sich eine weitere Ausschußberatung erübrigt. — Die Abgg. **Lebebour** (U.-Soz.) und **Geyer** (Komm.) fordern Ausschußberatung. Abg. **Müller-Franken** (Soz.) schließt sich dem Antrage Schultz-Bromberg an. **Darauf wird der Antrag Schultz-Bromberg betreffend Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. van der Kerkhoff gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.**

Es folgen die Interpellationen Bruhn (Dtl.) und Stresemann (Dt. Vp.), sowie ein Antrag Dr. Petersen (Dem.) und Müller-Franken (Soz.), die alle die Regierung auffordern, die entgegen dem Beschluß des Reichstages vorgesehene Ergänzungsprüfung für die Sekretäre bei der Aufrückung aus Besoldungsgruppe VI nach VII wegfallen zu lassen. Ein Antrag Aderhold (U.-Soz.) will dasselbe.

Abg. **Lawrenz** (Dtl.) begründet die Interpellation. In seiner Sitzung vom 11. Mai hat der Reichstag die Ergänzungsprüfung mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Regierung hat nun doch an der Prüfung festgehalten. Die Erregung in der Beamtenschaft hat sich dadurch noch gesteigert. Die Fachgewerkschaft der Eisenbahnbeamten, die Postbeamten haben den Beschluß gefaßt, die Prüfung nicht abzulegen.

Abg. **Moraß** (Dt. Vp.): Die Frage der Ergänzungsprüfung bedarf noch weiterer Klärung. Im Prinzip sind wir für Beseitigung der Prüfungen und fordern ferner die Regierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß den Beamten eine Nachzahlung ihrer Bezüge vom 1. April 1920 ab gewährt wird.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Reichspostminister wie auch ich haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß das Aufrücken ohne jede Prüfung stattfindet. (Sehr wahr! im Zentrum.) Es haben sich aber sofort von allen Seiten Schwierigkeiten erhoben, vor allem hinsichtlich der Durchführung. Die Regierung Fehrenbach hat feierlich festgelegt, daß von der Prüfung im Hinblick auf die erwähnte Befürchtung unter keinen Umständen abgegangen werden kann. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Wir werden die Prüfung nicht aufheben, täten wir es, dann würden die Geprüften das als Ungerechtigkeit empfinden. **Die Interpellation kommt hinter den Tatsachen meilenweit hinterher.** Anders steht es mit der zweiten Forderung in der Interpellation der Deutschen Volkspartei, in der verlangt wird, daß die Beamten rückwirkend vom 1. April 1920 an in Obersekretärsstellen überführt werden. Ueber diese Forderung werde ich mich mit Ihnen im Ausschuß gern unterhalten und sichere für die Beamten weitestes Entgegenkommen zu. Die Notwendigkeit der Prüfung ist aber von einer Reichsregierung vertreten worden, zu der Ihre (z. Dt. Vp.) Vertrauensmänner gehört haben. Auch hat sich durchaus nicht die gesamte Beamtenschaft gegen die Prüfung erklärt. Diesem Standpunkt der früheren Regierung hat sich die jetzige Regierung angepaßt. Pläne betr. Abschaffung des Berufsbeamtentums liegen mir fern. In keinem Ressort wird eine derartige Vorlage ausgearbeitet. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Schiele** (Dtl.) beantragt Besprechung der Interpellation. Dafür erhebt sich die Rechte und ein geringer Teil der Kommunisten, so daß die erforderliche Unterstützung von 50 Mitgliedern knapp erreicht wird.

Präsident **Löbe**: Es ist ein Antrag Hergt (Dtl.) eingegangen, zu beschließen, daß die Erklärung des Reichsfinanzministers der Auffassung des Reichstages nicht entspricht. (Gelächter links.) Der Antrag muß von 30 Mitgliedern unterstützt werden. — Bei der Unterstützungsfrage erheben sich die Deutschnationalen und einzelne Abgg. der Deutschen Volkspartei, insgesamt 32 Abgeordnete, während die äußerste Linke, trotz lebhafter Ermunterung von rechts, sitzen bleibt.

Abg. **Steinkopf** (Soz.): In der Prüfungsfrage bin ich mit dem Reichsfinanzminister nicht ganz einig; ich hoffe aber, daß sich in der Kommission ein gangbarer Weg wird finden lassen.

Abg. Breunig (U. S. P. D.):

Die Rechtsparteien führen hier eine Komödie auf. Als wir am 5. Mai den Antrag einbrachten, die Ergänzungsprüfung aufzuheben, haben sie ihn abgelehnt. Wenn ihnen Gelegenheit gegeben ist, sich klar für die Beamten zu entscheiden, lehnen sie das ab. Aber den ersten besten nichtigen Anlaß ergreifen sie, um sich vor den Augen der Beamten scheinbar für sie ins Zeug zu legen. Wir sind immer dafür eingetreten, daß Ungerechtigkeiten beseitigt werden, und wir werden ihnen auch jetzt wieder Gelegenheit geben, Farbe zu bekennen. Wir haben unseren seinerzeit abgelehnten Antrag erneuert. Er lautet:

„Diejenigen früheren Assistenten, die bei Inkrafttreten des Reichsbesoldungsgesetzes vom 1. April 1920 angestellt waren, sind mit Wirkung vom 1. April 1920 ohne Ablegung einer Sonderprüfung in die Besoldungsgruppe VII einzureihen."

Im Ausschuß, der sich ja, nachdem ein Antrag auf Ausschußberatung eingebracht ist, damit beschäftigen wird, wird sich zeigen, ob sie diesmal ernster ans Werk gehen wollen als bisher. Wir fürchten, sie werden unseren Antrag, der den einzig richtigen Weg zu begehen verlangt, wiederum ablehnen.

Abg. **Delius** (Dem.): Das Vorgehen der Reichsregierung gegenüber dem Beschluß des Reichstages hat bei den Beamten einen schlechten Eindruck gemacht.

Abg. Dr. **Hoesle** (Zentr.): Wir begrüßen das Eintreten des Ministers für die Erhaltung des Berufsbeamtentums.

Abg. **Pletzner** (Komm.): Das Umstoßen des Reichstagsbeschlusses durch die Regierung ist ein Verfassungsbruch, gegen den wir aufs schärfste protestieren.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die namentliche Abstimmung über das von den Deutschnationalen eingebrachte Mißtrauensvotum findet auf Antrag Müller-Franken (Soz.) erst morgen statt. Die Anträge über die Ergänzungsprüfung gehen an den Hauptausschuß.

Das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr nach Ostpreußen, sowie der deutsch-polnische Amnestievertrag werden in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Gleichfalls in zweiter und dritter Lesung angenommen werden die deutsch-chinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes, das deutsch-französische Abkommen über die Erstattung der von Elsaß-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsabgaben und das Abkommen mit den alliierten Hauptmächten über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebietes. — Der Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1921 geht an den Haushaltsausschuß. **Das Reichsmietengesetz wird dem Wohnungsausschuß überwiesen.**

Die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Die Abgabe beträgt 5 Proz. des Nutzungswertes (Mietwertes), sie soll lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung verwendet werden und sich nur auf Gebäude beziehen, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Wohnungsabgabe ist das Ergebnis einer Wahl zwischen mehreren Uebeln. Der Entwurf ist lediglich eine Folge des Notgesetzes vom 12. 2. 21., in dem die Wohnungsabgabe bereits grundsätzlich enthalten war. Zur Förderung der Bautätigkeit sind noch große Zuschüsse nötig. **Die völlige Freigabe des Wohnungsmarktes würde die Mieten unerträglich steigen lassen, und trotzdem würde die private Bautätigkeit nicht rentabel werden.** Wir hätten dann hohe Mieten, aber wenig Neubauten. Eine Sozialisierung des Wohnungswesens, welche die Neubauten mit allen Kosten decken soll, würde auch um Steigerung der Mieten nicht herumkommen. Der Mehrwert der Mieten muß aber nach der Verfassung der Allgemeinheit zugeführt werden, und darum sollen die wegen der Geldentwertung steigerungsfähigen Wohnungsmieten nicht dem Hausbesitz zufließen. Weder die Hauseigentümer, noch die Mieter werden von der Abgabe zu hart betroffen, denn die Mieten sind im Vergleich zu dem Prozentsatz der Einkommensteigerung sehr stark zurückgeblieben. Die leistungsschwachen Schichten werden durch den Härteparagraphen nach Möglichkeit von der Abgabe befreit. Zustimmen kann die Regierung dem sozialdemokratischen Antrag, der verhindern will, daß öffentliche Bauten in Privateigentum übergehen und daß sie durch Vermietung oder durch den Verkauf übermäßig ausgenutzt werden. **Unannehmbar ist für uns der unabhängige Antrag, der Volkshäuser, Gewerkschaftshäuser und dergl. von der Abgabe befreien will,** da auch bei solchen Unternehmungen Privateigentum nicht ausgeschlossen ist. Auch die Erleichterungen, die in den Anträgen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gefordert werden, bitten wir abzulehnen. Ich hoffe, daß der Reichstag durch Annahme der Vorlage der Förderung der Bautätigkeit und der Minderung der Arbeitslosigkeit dienen wird. (Beifall.)

Abg. **Gutknecht** (Dtl.): Die Erfahrungen der gemeinnützigen Baugenossenschaften beweisen, daß hier nur langsam Erfolge zu erzielen sind. Der Wohnungsnot kann nur durch Freigabe des Bauwesens wirksam entgegengetreten werden.

Abg. **Silberschmidt** (Soz.): Der Gesetzentwurf ist eine gerechte Folge der beiden durch den Krieg entstandenen großen Volksnöten: Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Der Privatkapitalismus ist heute nicht mehr imstande, die Bautätigkeit weiter auszuüben. Der Staat muß auch hier helfen. Daraus ergibt sich ganz notwendigerweise, daß die Allgemeinheit an den Wohnungen ein Besitzrecht hat.

Förderung des Wohnungsbaues

Abg. **Bahr** (Dem.) erstattet den **Bericht des Ausschusses:** Der Gesetzentwurf fordert eine Mietsteuer von 5 Prozent, die von den Ländern erhoben wird, dem auch die Gemeinden einen Zuschlag bis zu gleicher Höhe hinzufügen können. Die einkommenden Beträge sollen zur Amortisation und Verzinsung einer Anleihe zum Zwecke des Wohnungsbaues verwendet werden. 20 v. H. des Rohertrages der Abgabe und der Zuschläge sind an das Reich abzuliefern. Zum Ausgleich zwischen den Ländern wird ein Ausgleichsfonds gebildet, den der Reichsarbeitsminister verwaltet. Befreit blieben Mieter, deren steuerbares Jahreseinkommen nicht mehr beträgt als 4000 bis 7000 M. je nach der Ortsklasse.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns:** Wir folgen dem Zwang der Verhältnisse. **Die Freigabe des privaten Wohnungsmarktes** könnte den Wohnungsbau nicht fördern. **Die Mieten würden sich auf das Zwölffache steigern.** Der Grundstückspreis würde sich in ähnlicher Weise erhöhen, ohne das dadurch dem Wohnungsbau irgendwelche Förderung zuteil würde. Selbst wenn man unter den heutigen Verhältnissen zur

Sozialisierung des Wohnungsbaues

übergehen wollte, wäre ohne große Steigerung der Mieten eine Förderung des Wohnungsbaues nicht möglich. Dem **Antrag der Sozialdemokraten,** der es zulassen will, daß unter gewissen Umständen auch Bauten, die mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln hergestellt sind, in Privatbesitz übergehen können, ist wohl zuzustimmen.

Abg. **Gutknecht** (Dnatl.): Wir fordern **Baufreiheit unter Gewährung von Staatszuschüssen.** Die Niedrighaltung der Mieten kann nicht länger aufrechterhalten werden.

Abg. **Silberschmidt** (Soz.): Aus privaten Mitteln kann jetzt niemand bauen, **Staat und Gemeinde müssen eingreifen.** Die Baupreise sind auf das Zwölffache gestiegen: das können wir in Deutschland **nicht durch Mietssteigerungen aufbringen.** Das Gesetz kann uns nicht befriedigen. Nicht nur der Wohnungsbau, sondern auch die Fürsorge für den Bestand der alten Wohnungen bedarf einer Regelung. Unsere dahingehenden Anträge im Ausschuß sind abgelehnt worden. Mit den Geldern, die durch das neu zu schaffende Gesetz aufgebracht werden können, ist

kaum ein winziger Bruchteil

dessen zu erreichen, was im Wohnungsbau geschehen muß. Das ist nur durch eine völlige Umgestaltung durch die Sozialisierung des Wohnungswesens zu erreichen. Wir werden die Mittel für das Jahr 1921 bewilligen, wenn auch weder der Gesetzentwurf der Regierung noch die Beratungen des Ausschusses uns befriedigen. Wir machen jedoch unsere Zustimmung abhängig von der Zustimmung zu einem von uns gestellten Antrag, den wir einbrachten, nicht weil er das bringt, was wir wünschen, sondern das, **was wir für erreichbar halten.** Der **Antrag Aderhold und Genossen** drückt aus, was auch wir wollen. Er ist uns viel lieber. **Wir werden für ihn in erster Linie stimmen** und erst in zweiter für unseren eigenen.

Abg. **Dr. Maretzky** (D. Vp.): Die Gemeinden müssen das Recht haben, Mietsteuererträge wenigstens bis zur Hälfte für Zuschüsse bei Um- und Erweiterungsbauten zu verwenden.

Abg. **Kuhnt** (U. S. P.): Diese Vorlage ist Stückwerk. In allernächster Zeit wird uns ein

Reichsmietengesetz sowie ein Grundsteuergesetz

vorgelegt werden. **Millionen müssen in Höhlen und Spelunken sich bewegen.** Alle Körperschaften, die an dem Gesetz mitgearbeitet haben, haben aneinander vorbeigearbeitet. Es waltete ein Unstern über diesen Arbeiten. Nicht um Fürsorge für die Obdachlosen handelt es sich für Sie, sondern darum, **die kapitalistische Wirtschaft zu schützen.** Viele von denen, die über die Wohnungsnot sprechen, wissen gar nicht, welche furchtbaren Folgen die Wohnungsnot ausgelöst hat. Im Braunkohlenrevier sind 70 000 Arbeiter mehr eingestellt worden, das macht mit den Angehörigen etwa 200 000 Menschen, und Herr Bergwerksdirektor Leopold teilte im Ausschuß mit, daß **nur 2000 Wohnungen** geschaffen seien. Mehrere Familien müssen sich zusammen mit einer Wohnung begnügen. Die Industrie,

vollgesogen von Gold,

geht rücksichtslos vor und kauft Häuser und Hotels auf. Dadurch wird das Wohnungselend wesentlich verschärft. Die Fremden müssen in Privatwohnungen untergebracht werden. Bei der Leipziger Messe schlafen die Bewohner auf den Korridoren und vermieten ihre Zimmer an die Messebesucher. Solche Zustände werden sich in Deutschland überall einbürgern, wenn nicht Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Dadurch wird auch die Sittlichkeit aufs schwerste gefährdet. In der Provinz **Brandenburg sind 31 000 und in der Provinz Sachsen 20 000 polnische Wanderarbeiter** beschäftigt. Mit diesen Ausführungen wende ich mich nicht gegen die Freizügigkeit, sondern gegen

die Heuchelei der Nationalisten,

die gegen die Polen wettern, denen sie aber als Lohndrücker angenehm sind. (Sehr wahr! links.) Für diese hunderttausende Wanderarbeiter müssen Wohnräume geschafft werden.

Während der Abstimmung haben die Polen agitiert mit dem Landbesitz der Pleß, Donnersmarck und Richthofen, auf der anderen Seite aber auch gezeigt in Wort und Bild, wie wenig Besitzer von Land und Häusern in Oberschlesien vorhanden sind. Die schwerarbeitenden Hütten- und Bergarbeiter dagegen müssen

wie das Vieh hausen. Nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern auch politisch rächt sich die grundverkehrte Boden- und Wohnungspolitik in Oberschlesien. Ueberall, wo die kapitalistische Wirtschaftsweise herrscht, müssen wir auch gegen die Wohnungsnot kämpfen. Aber von allen Kulturstaaten ist sie

in Deutschland am trostlosesten.

(Sehr wahr! bei den U. S.) In England zeigte sich eine höhere Einsicht. Als der Krieg ausbrach, fielen in England 5 Menschen auf ein Haus, in London bewohnten im Durchschnitt 7 ein Haus, während in Berlin 77,4 Personen auf ein Haus kommen. (Hört! Hört!) Die Wohnungsnot ist keine Kriegserscheinung, sondern eine **Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.** Seit 30, 40 Jahren führen wir den Kampf um bessere Wohnungen. Auf der einen Seite sehen wir die Mietskasernen in den Arbeitervierteln, auf der anderen Seite die Prachtbauten, die Industrie-Paläste, die großen Bankhäuser, die Freudenhäuser. **Ueberfluß an Wohnraum auf der einen Seite, Mangel an notwendigstem Wohnraum auf der anderen.** Darf ich Sie erinnern an das Jahr 1892, wo in Hamburg die Cholera nur auf Grund Ihrer fluchwürdigen Wohnungspolitik eine solche Ausdehnung gewinnen konnte, daß Tausende dahingerafft wurden? Und heute noch müssen wir gewahren, daß die Besitzenden 12-, 14- und 20-Stuben-Wohnungen innehaben. Nicht der Krieg, sondern die kapitalistische Wirtschaftsweise ist

die Ursache der Wohnungsnot.

Diesen Standpunkt haben wir auch im Wohnungsausschuß eingenommen. Und von dieser Auffassung ausgehend, sagen wir, daß dieser Entwurf nach jeder Richtung hin unzulänglich ist. Ueber eine Million Wohnungen gebrauchen wir, 40 000 werden im günstigsten Fall durch dieses Gesetz geschaffen werden können. Sobald es sich um soziale Aufgaben handelt für Arbeiter, Arbeitsinvaliden, Arbeitslose, Obdachlose, ist **kein Geld da,** für die unproduktiven Ausgaben des Militarismus fragt man nicht nach Deckung. Sie haben Milliarden übrig für Liebesgaben an die Reeder, weitere Milliarden für die Agrarier und fragen nicht nach Deckung. Sobald aber die soziale Pflicht ruft, gilt der Grundsatz: **Keine Ausgabe ohne Deckung!** Wenn man die Deckungsfrage anschneidet, so sagen wir: jene müssen die Mittel aufbringen, die dieses Unheil verursacht haben,

die Kriegshetzer, die Kriegs- und Revolutionsgewinnler.

Es ist ein Fluch unserer Zeit, daß diejenigen, die verurteilt sind, in diesen Spelunken zu wohnen, auch die Mittel für die Neubauten aufbringen müssen. (Sehr wahr! bei den U. S.) Für Arbeitslose und Kranke will man einige Milderungen schaffen. Aber was geschieht mit denen, die ganz unzulängliches Einkommen haben, die nur 6000—7000 M. pro Jahr verdienen, z. B. eine Witwe mit drei oder vier Kindern? Die wird von der Wohnsteuer nicht befreit. Regierungsvertreter erklärten, wenn die Aermsten von der Steuer befreit werden sollten, **verliere das ganze Gesetz seine Wirkung.** (Hört! hört!) Also:

die Aermsten sollen die Steuern tragen.

Dagegen haben wir mit allen Mitteln anzukämpfen. Vor zwei Tagen erst hat der Reichskanzler in Essen erklärt, daß die Arbeiterschaft durch den zehnprozentigen Lohnabzug Riesenopfer gebracht habe. Aber täglich werden sie durch neue Gesetze weiter belastet. Außerdem sehen wir, daß **die Löhne nicht erhöht, sondern abgebaut werden.** (Sehr wahr! bei den U. S.) Nicht ein Jota mehr darf an Steuern bewilligt werden, ehe nicht die Besitzer der Goldwerte auch endlich einmal Steuern zahlen.

Aus allen diesen Gründen lehnen wir das Gesetz ab. Wir verlangen eine schärfere Rationierung. Kann das Wohnungselend dadurch auch nicht beseitigt, so doch gelindert werden. Die Rationierung wäre schon heute möglich; sie wird aber durch die bürgerliche Gesellschaft sabotiert. Wir fordern Umstellung der Wohnungsämter, Mitberatung und Mitkontrolle durch die Wohnungsuchenden. Wir fordern

die volle Sozialisierung der Wohnungsbauten

vom ersten Spatenstich bis zum Abbau, die Sozialisierung der Baustoffindustrie, der Baubetriebe und der vorhandenen Wohnungen, sowie Selbstverwaltung der Mieter. Nur so ist aus dem Wohnungselend herauszukommen. Das haben selbst die Mietervereine eingesehen, ebenso die Bodenreformer, die sich erst so gegen unsere Forderungen stemmten. Wir wenden uns dagegen, daß auch Privatbauten Zuschüsse gewährt werden können. Wo Steuergroschen zu Wohnungszuschüssen verwendet werden, müssen die erbauten Häuser Körperschaften zugeführt werden, die **gemeinnützigen Zwecke** verfolgen oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften. (Sehr richtig! bei den U. S.) Deshalb wenden wir uns gegen den anderslautenden Antrag der Rechtssozialisten. Im übrigen wissen wir, daß in der Wohnungsfrage **das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.**

Der Kampf geht weiter.

Es wird, wie schon gesagt wurde, gerungen um die sozialistische und kapitalistische Weltanschauung. Erst wenn der sozialistische Gedanke feste Formen angenommen hat, haben wir die felsenfeste Zuversicht, daß wir aus diesem furchtbaren Wohnungselend herauskommen, das ja der **Fluch Ihrer göttlichen Gesellschaftsordnung** ist. (Lebh. Beifall bei den U. Soz.)

Abg. **Heidemann** (Komm.): Mit der Wohnungsnot hängt auch zusammen die Steigerung der Kindersterblichkeit und der Tuberkuloseerkrankungen. Wir fordern ein Reichswohnungsgesetz, ein Reichsenteignungsgesetz und die Sozialisierung der Baumaterialien und die Sozialisierung des Grund und Bodens.

Abg. Frau **Lang-Brumann** (D. Vp.): Anstelle der in der Vorlage vorgesehenen Abgaben sollte ein Zuschlag zur Einkommensteuer **erhoben werden.**

Abg. **Bahr** (Dem.) gibt Mängel des Gesetzes zu, glaubt aber doch, daß mit Hilfe der Zuschüsse manche Erfolge zu erzielen sind. Er singt dann ein Loblied auf das kapitalistische System, plädiert für höhere Mieten, die leicht bezahlt werden können,

wenn die Arbeiter weniger Zigaretten rauchen und weniger Schnäpse trinken.

Das Gesetz bedeutet eine schrittweise Besserung.

Damit schließt die Generaldebatte.

§ 1 wird mit einem redaktionellen Zusatz des Abgeordneten Marezky **gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen,** ebenso die folgenden Paragraphen. Ein von Frau Dr. Matz begründeter Antrag der Deutschen Volkspartei, Gebäude, die einen Gewerbebetrieb zum Gegenstand haben, auszuschließen von der Steuer, wird gegen die Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird genehmigt. Verschiedene Entschließungen und Anträge der Rechtsparteien werden abgelehnt, ebenso verfallen verschiedene Verbesserungsanträge der Unabhängigen Fraktion der Ablehnung. Nur die U. S. P. und die Kommunisten stimmen dafür.

Schluß der Sitzung ¾8 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Interpellation über das Grubenunglück Mont Cenis und kleinere Vorlagen.

Die nächsten sozialpolitischen Aufgaben

Im 6. Ausschuß des Reichstages gab der Reichsarbeitsminister **Braun** eine Uebersicht über die bevorstehenden sozialpolitischen Gesetzentwürfe. Die Gesetze über die Schlichtungsordnung, den Arbeitsnachweis und die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat, ebenso das Hausgehilfengesetz, die Regelung der Arbeitszeit und die Arbeitslosenversicherung sollen erst im Herbst vor den Reichstag kommen. Dagegen ist beabsichtigt, eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung zur Neuregelung der Beiträge in der Invalidenversicherung, das Gesetz über die Wochenhilfe und über die Schaffung einer Aufsichtsbehörde bei der Unfallversicherung noch vor den Sommerferien des Parlaments zu verabschieden. Ferner legt die Regierung Wert darauf, die Novelle zur Angestelltenversicherung ebenfalls noch vor der Vertagung des Reichstages zu verabschieden.

In der Aussprache stimmten die Vertreter der bürgerlichen Parteien dem Programm des Arbeitsministers zu, während die Vertreter der U. S. P. D. und der S. P. D. an der höchst unzulänglichen Gelegenheits-Gesetzgebung scharfe Kritik übten. Genosse Aufhäuser wandte sich dagegen, daß durch ein sogenanntes Notgesetz die Beiträge zur Angestelltenversicherung maßlos erhöht werden, während hinsichtlich der Rechte der Versicherten alles beim alten bleiben soll. Die Regierungsvorlage für die Novelle zur Angestelltenversicherung bedeutet die Verankerung einer Sonderversicherung, während wir bei der jetzigen Reform auf eine Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung bestehen müssen.

---

300 Millionen für ländliche Siedlungen. Wie die P. P. N. hören, hat die preußische Regierung gestern beschlossen, einen Kredit von 300 Millionen Mark zur Förderung der ländlichen Siedlungen in Preußen flüssig zu machen.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaft.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Warnung!

Persil-Fälschung

Wir haben festgestellt,

daß Persil-Fälschungen in täuschend ähnlichen Paketen mit wertlosem Inhalt im Verkehr sind, daher zu billigen Preisen angeboten werden können, wie es besonders im Straßen- und Markthandel in die Erscheinung getreten ist. Die Fälscher sind ermittelt und die Beschlagnahmungen im Gange.

Wir warnen die Händlerschaft

vor diesen Fälschungen, da sich jeder durch den Verkauf solcher Ware großen Unannehmlichkeiten aussetzt.

Wir empfehlen den Hausfrauen,

um vor Fälschungen und Schaden geschützt zu sein, PERSIL nur in den einschlägigen Geschäften zu kaufen.

Der Preis für ein Paket echtes Persil beträgt nach wie vor M. 4.-

Henkel & Cie., Düsseldorf

Keine Filialen mehr.

Ausverkauf

der in der Saison verbliebenen Bestände zu sehr erheblich herabgesetzten Preisen. Das nachstehende Angebot hat **bis Sonnabend, den 25.,** Gültigkeit und ist freibleibend; weitere Ausverkaufs-Angebote vorbehalten.

- **Jackett-Anzüge** in guten Qual. u. bester Verarbeitung, jetzt M. 875 750 650 450 225
- **Sport-Anzüge** aus Lodenstoff, gemustertem Cheviot, Homespun und Manchester . . . jetzt M. 800 650 450 400
- **Sommer-Paletots** aus marengo Cheviot oder Covercoat . . . jetzt M. 750 600 450
- **Schlüpfer und Raglans** zur Reise, aus Homespun und gemustertem Cheviot . . . jetzt M. 750 650 550
- **Gummi-Mäntel** in vielen guten Qualitäten und Fassons, jetzt M. 650 575 450 375 290
- **Bozener Mäntel** aus Strichloden, in praktischen Farben . . . . . jetzt M. 250 190
- **Pelerinen** für Herren und Damen, sehr gute Ware . . . . . . jetzt M. 275 225 180
- **Winter-Ulster** in großer Auswahl jetzt M. 800 425 350 285 90 66
- **Winter-Joppen** mit schwerem Futter M. 125
- **Stoff-Litewken,** grau und feldgrau, halb gefüttert, sehr kleidsam . . . . . M. 42 39
- **Stoffwesten für Herren** . . M. 25 20 16
- **Hosen, gestr.,** größtenteils unt. Herstellungspreis jetzt M. 200 170 120 90 55 44
- **Weiße Hosen,** lang, zum Turnen und Sport von . . . . M. 65 an
- **Sport-Hemden** aus feinen, waschbaren Stoffen, kleinste Größe . . . . M. 32
- **Herrensportkrag.,** Gr. 38-39 M. 1.90 2.50
- **Herren-Oberhemden,** weiß, mit Fältchen, doppelte Brust, Größe 39/42 . . . . . . M. 59
- **Sport-Hosen** aus gutem Stoff, Breechesform von . . . . M. 98 an
- **Sport-Gürtel,** Kernleder, 3 cm breit, mit amerikanischer Schnalle, in verschiedenen Farben . . . . M. 29
- **Sport-Stutzen** aus Wolle, mit gemusterten Rändern . . . . M. 17
- **Filz- und Sporthüte** in modernen Farben und Fassons . . . . M. 27
- **Anzugstoffe** in modernen, sehr haltbaren Qualitäten, 140 cm breit, Serie I M. 22.50, Serie II M. 25, Serie III M. 29, Serie IV M. 35, Serie V M. 45, Serie VI M. 68.
- **Marine-Sweater,** blau, für Jünglinge, in hervorragender Beschaffenheit, von M. 17 an
- **Burschen-Anzüge,** Sport- und Jackettform jetzt M. 300 270 220 195 140 100
- **Jünglings-Anzüge** in groß. Auswahl, jetzt nur M. 400 370 300 270 225 85
- **Jünglings-Ulster,** anfangend mit . . M. 160
- **Bozener Mäntel** für Knaben und Mädchen von . . . . M. 110 an
- **Loden-Pelerinen** für Knaben und Mädchen von . . . . M. 70 an
- **Knaben-Anzüge** in Blusen-, Schlüpfer- und anderen Formen, aus vorzüglichen Wollstoffen, jetzt M. 235 160 110 90 60 20
- **Knaben-Ulster** . . . . von M. 15 an
- **Strohhüte** für Kinder . . . . M. 7.50
- **Weißer Batist,** 100 cm breites feinfädiges Gewebe, für Damenhemden und Blusen geeignet, das Meter . . . . M. 5.90
- **Hemdentuch,** Friedensqualität, 80 cm breite, in Schuß- und Kettfäden gleichmäßig gewebte gute Qualität, das Meter . . M. 10.50
- **Halbleinen,** 160 cm breites, glattes, sehr haltbares Friedensgewebe, das Meter M. 34
- **Damenhemden** aus feinem und sehr elastischem Trikotgewebe, sehr lang und mit Aermeln . . . . M. 17
- **Damenhemden** aus weißem Hemdentuch, in guter Friedensqualität . . . . . . M. 25
- **Damen-Schlupfhosen** in schönen Farben, gute Qualität . . . . M. 13
- **Schwere Schlafdecken** 145 × 190 groß, von . . . . M. 35 an
- **Steppdecken** in eleganten, sehr kleidsamen Mustern . . . . M. 27
- **Strohhüte** braun . . . . M. 15
- **Hosenträger,** gut. Gummibd., m. Led. M. 6.50

nur Berlin, Chausseestraße 29-30

Arbeiter!

für Euere Kinder kauft Ihr stets gut und billig:

Rindbox-Schnürstiefel alles Leder u. 27-35 nur 68.–
Rindl.-Sandalen Lederkappen, Lederbrandsohl. u. 27-35 n. 38.–

nur in **Kaatz Schuh-Engros-Lager**

Kein Laden. Münzstr. 10 I. Kein Laden.

Geschlechtsleiden

Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis, Manneschwäche, Weißfluss behandelt ohne Berufsstörung **Dr. med. Dammanns Heilanstalt** Berlin N O, Potsdamer Strasse 123 B. Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11. Belehr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilb. u. andere Gifte gegen M. 2,— diskret in verschloss. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hüft., Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tagen beseit. w., hierüber unantastb. Heilerf., besteh. u. Referenzen. Invalidenstr. 106, von 9—3. **Jacoby**

Metalle!

Sämtliche Altmetalle kauft zum höchsten Preise Lychener Str. 5 a. d. Hochb. Danziger Str.

Genossen werbt für die „Freiheit"

Selbst-Hilfe

Der kleine Samariter

dient zur Selbsthilfe bei leichteren Krankheiten und gibt Verhaltungsmaßregeln bis z. Erscheinen des Arztes bei schweren Krankheiten

Mit Anhang: Anleitung z. Errichtung einer **Hausapotheke**

Preis 1,50 Mk.

Behörden Schulen Krankenkassen Fabriken Organisationen

bezog. bereits große Partien

Bestellen Sie sofort bei der **Buchhandlung „Freiheit"** Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41, III.** Ecke Kochstraße.

Schlafzimmer

eichenes, echter Marmor, Auflege-Matratzen, 2850.—, weißes 2900.—, Herrenzimmer, schwere Ausführung, Bibliothek, geschliff. Scheiben, 3650.—, Speisezimmer, hübsches Muster, mit 6 Polsterstühl., 3750.—, Küchen 500.—, Klubgarnituren 2500.—, Standuhren, nußbaum, eichen, 1200.—. Große Auswahl in schweren Herren-, Speise- u. Schlafzimmern enorm billig.

Hans Lennert Lothringer Str. 55 am Rosenthaler Platz.

Glühlampen

Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Install.-Material kauft **Schröder, Bernauer Str. 101** Fabrikgeb. III.

Platin, Gold-, Silberbruch Zahngebisse kauft Uhrmacher zu vollem Tagespreis **Neukölln, Bergstraße 140** Eingang Goethestr. im Laden. Täglich von 9—7 Uhr. Vorzeiger dieses erhält Mk. 3.— beim Verkauf. Straßenbahnlinien: 47, 48, 22, 46, 7, 15, 53, 10. 5 Min. vom Ringbahnhof Neukölln.

Wo gibts die billigsten Seifen bei Seifenschneider, Pücklerstrasse 44.

Händler!

Neu eingetroffen: Feldgraue Drellanzüge, Dreiljacken, Khakianzüge, feldgraue Hosen usw. **Gattel & Wasserzug** Berlin, Kurstrasse 32 III

Wanderkarten für alle Gegenden erhält man in der **Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.**